Nr. 88. Halle (Saale), Montag, den 16. April 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.
Schriftleitung: Nr. 42/44. Fernsprech. 1045 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Nonpareillezeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (90 mm breite Nonpareillezeile) 75 Pf.
Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).
Hauptgeschäftsstelle: Nr. 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen 9,7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutsche Heeresberichte.

Großes Hauptquartier, 15. April 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Bei Dixmuiden und südlich von Ypern zeitweilig rege Feuertätigkeit. — Auf dem Schlachtfelde von Arras kam es infolge Verschiebung unserer Kampflinie nördlich der Scarpe nur zu kleinen, für den Feind verlustreichen Gefechten. — Von der Scarpe-Niederung bis zur Bahn Arras—Cambrai wurde gestern vormittag heftig gekämpft. In dicken Massen griffen englische Divisionen mehrmals an; stets wurden sie unter blutigsten Verlusten zurückgeworfen. Außer seinen großen Opfern büßte der Engländer durch Nachstoß unserer Truppen noch 300 Gefangene und 20 Maschinengewehre ein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Von Soissons bis Reims und in der westlichen Champagne tobt die Artillerieschlacht weiter. — Französisches schweres Flachfeuer zerstörte in Laon mehrere Gebäude.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. In wenigen Abschnitten lebhaftes Geschützfeuer. Eigene Unternehmen an der Nordostfront von Verdun und bei Ban de Sapt in den Vogesen brachten Gefangene und Beute.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

*

Großes Hauptquartier, 16. April 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Auf dem Nordufer der Scarpe hielt unser Vernichtungsfeuer englische Angriffswellen nieder, so daß der Sturm nicht zur Durchführung kam. — Auch nordöstlich von Croiselles brachte unser Feuer einen starken Angriff der Engländer verlustreich zum Scheitern. — Nördlich der Straße Arras—Cambrai warf ein Vorstoß unserer Truppen den Feind auf Vogelsvert und Boursies zurück. Zu den blutigen Verlusten der dort fechtenden Australier kommt die Einbuße von 475 Gefangenen und 15 Maschinengewehren, die eingebracht, sowie von 22 Geschützen, die genommen und durch Sprengung unbrauchbar gemacht wurden. — Bei St. Quentin nahm das Artilleriefeuer wieder zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Zwischen Oise und Aisne sind gestern durch starkes Feuer vorbereitete Angriffe der Franzosen bei Baumaillon und Chivres gescheitert. Von Soissons bis Reims und im Westteil der Champagne hat der Feuerkampf bei stärkstem Einsatz der Artillerie und Minenwerfer angehalten. — Nach Scheitern feindlicher Erkundungsvorstöße am 15. April ist heute morgen in breiten Abschnitten die Infanterieschlacht entbrannt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. In der Lothringer Ebene und der burgundischen Pforte blieben Unternehmungen französischer Sturmtrupps gegen unsere Stellungen ohne jeden Erfolg.

Ein einheitlicher Angriff feindlicher Flieger gegen unsere Fesselballons längs der Aisne war ergebnislos. Die Gegner haben zwischen Soissons und Verdun gestern 11 Flugzeuge verloren, deren Mehrzahl Maschinen neuester Bauart (Spads) sind.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Im allgemeinen geringe Gefechtstätigkeit. Nur an der Bahn Kowel—Luck verseuerte die russische Artillerie etwa 10 000 Schuß gegen unsere Stellungen; vordringende Streifabteilungen wurden abgewiesen.

Mazedonische Front. Keine besonderen Ereignisse.

*

Englischer Heeresbericht.

14. April. Das Gebiet der aktiven Operationen hat sich heute nach Norden ausgedehnt. Unsere Truppen haben östlich und nördlich des Hügels von Vimy den Feind auf unserer ganzen Front nördlich von der Scarpe bis südlich von Loos gedrängt. Wir haben die Dörfer Bailleul, Willerval, Vimy, Petit Vimy, Givenchy-en-Gohelle und Angres genommen und Fuß gefaßt in den Schützengräben des Feindes nördlich von Lens. In diesem Gebiete haben wir den Turm von Wancourt auf dem Vorsprung östlich von dem Dorfe Wancourt genommen und sind bis zu einem Punkte sieben Meilen südöstlich von Arras über die Hindenburglinie vorwärts gekommen. Wir haben weitere Fortschritte auf dem Höhengelände östlich von Levergies und im Walde von Havrincourt gemacht. Unsere Flugzeuge haben gestern viel nützliche Arbeit getan, obwohl das Wetter für das Fliegen andauernd ungünstig war. Der einzigen feindlichen Formation, die angegriffen wurde, wurde durch unsere Patrouillen scharf zugesetzt, welche vier feindliche Flugzeuge in unkontrollierbarem Zustande zum Landen nötigte. Drei von unseren Flugzeugen werden vermißt. Die Zahl der Gefangenen, die wir seit dem Beginn der Operationen am 9. April gemacht haben, beläuft sich auf mehr als 13 000, darunter 285 Offiziere. Wir haben 186 Geschütze, darunter acht 5,9zöllige Haubitzen, 130 Feldgeschütze und Haubitzen, 84 Laufgrabenmörser und 250 Maschinengewehre erbeutet. Außerdem ist eine beträchtliche Anzahl von Geschützen und Laufgrabenmörsern vernichtet und durch Geschützfeuer begraben, so daß sie nicht aufgezählt werden können. Viele von den erbeuteten Geschützen sind von uns mit gutem Erfolge gegen den Feind verwendet worden.

Arbeitseinstellungen in Berlin.

Berlin, 16. April. (W. T. B.) In einem Teile der Metall-, Holz- und Transportbetriebe Großberlins ist heute die Arbeit eingestellt worden. In anderen Betrieben dieser Art und insbesondere in den großen Munitionsfabriken wird ohne Stockung vollzählig weitergearbeitet. Der geschäftliche Verkehr Groß-Berlins wird durch diese vereinzelten Arbeitseinstellungen in keiner Weise berührt. Hochbahn und Straßenbahn verkehren völlig fahrplanmäßig, so daß das Berliner Straßenbild keinerlei Aenderung aufweist.

Regierungserklärungen an Rußland.

Die Nordd. Allgem. Ztg. bringt an der Spitze ihrer Sonntagsausgabe folgende offiziöse Note:

Die provisorische Regierung in St. Petersburg hat unterm 10. April eine Kundgebung erlassen, die in ihren wesentlichen Punkten mit den mehrfach wiederholten Erklärungen Deutschlands und seiner Verbündeten übereinstimmt. Danach erstreben beide Parteien nichts anderes als die Sicherung des Daseins, der Ehre und der Entwicklungsfreiheit ihrer Völker. Weder im Wunsche noch im Interesse der Mittelmächte liegt es, daß das russische Volk aus dem Kampfe erniedrigt oder in seinen Lebensbedingungen erschüttert hervorgeht. Sie beabsichtigen nicht, Ehre oder Freiheit des russischen Volkes anzutasten, und haben keinen anderen Wunsch, als mit einem zufriedenen Nachbarn in Eintracht und Freundschaft zu leben.

Dabei liegt es Deutschland völlig fern, sich in die Neuordnung der russischen Verhältnisse einmischen oder gar in der Stunde, wo die russische Freiheit geboren wurde, Rußland von neuem bedrohen zu wollen. Der russische Heeresbericht vom 11. d. M. irrt, wenn er ein militärisches Unternehmen der deutschen Truppen, das von einer unabweisbaren, örtlich begrenzten taktischen Notwendigkeit vorgeschrieben war, als eine größere Kriegshandlung von allgemeiner Bedeutung auffaßt. Wenn das russische Volk noch länger blutet und leidet, statt sich ruhig und ungestört dem inneren Ausbau seiner Freiheit zu widmen, so ist nicht Deutschland daran schuld. Die Schuld liegt dort, wo Interesse am Fortgang des Krieges besteht. Wo findet der in der Erklärung vom 10. April ausgesprochene Friedenswille des russischen Volkes den entschiedensten Widerspruch? Bei seinen eigenen Verbündeten. England, Frankreich, Italien und die ihnen angeschlossenen Alliierten haben bei Ablehnung des Friedensangebots der Mittelmächte es ganz unverhüllt ausgesprochen, daß sie nur Frieden schließen würden unter der Bedingung, daß Deutschland weiter, ihm rechtmäßig zugehörender Länderstriche beraubt, Oesterreich-Ungarn zertrümmert, die Türkei aus Europa verdrängt und in Kleinasien in weitem Umfang aufgeteilt würde. Das russische Volk wird — niemand wird es anders erwarten — den Verpflichtungen gegen seine Verbündeten treu bleiben. Aber das russische Volk soll wissen, daß seine Söhne noch fernerhin kämpfen und sterben müssen, weil seine Verbündeten es so wollen, um ihre eigenen Eroberungs- und Annexionspläne durchzusetzen. Das ist der Grund, weshalb Rußland hungern und leiden soll, anstatt sich der neu errungenen Freiheit zu freuen und sich im friedlichen Verkehr mit seinen Nachbarn den Werken des Fortschritts und den Idealen der Menschheit zu widmen.

Die österreichische Friedenserklärung lautet:

Wien, 14. April. Die Regierung der österreichisch-ungarischen Monarchie hat von der am 10. April laufenden Jahres veröffentlichten Erklärung der provisorischen Regierung Rußlands Kenntnis erhalten. Sie hat hieraus entnommen, daß Rußland nicht die Ansicht verfolgt, „andere Völker zu beherrschen, ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen, daß es vielmehr einen dauernden Frieden auf Grund des Rechtes der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, herbeiführen will".

Die österreichisch-ungarische Regierung hat hieraus ersehen, daß die provisorische russische Regierung ein Ziel zu erreichen wünscht, welches sich mit jenem deckt, das der k. u. k. Minister des Aeußern in seinem am 31. März laufenden Jahres gewährten Interview als das Kriegsziel der österreichisch-ungarischen Monarchie bezeichnet hat. Es kann demnach festgestellt werden, daß die österreichisch-ungarische Regierung und die provisorische russische Regierung in gleicher Weise einen für beide Teile ehrenvollen Frieden anstreben — einen Frieden, welcher, wie es in dem Friedensangebot Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten vom 12. Dezember 1916 heißt, Dasein, Ehre und Entwicklungsfähigkeit der kriegführenden Staaten sichert. Die damals ausgesprochene Ueberzeugung der Verbündeten, daß ihre Rechte und begründeten Ansprüche sich mit denen der anderen Nationen widerspruchslos vereinigen lassen würden, besteht heute nach der Erklärung der provisorischen russischen Regierung im verstärkten Maße fort. Da hiermit der ganzen Welt und insbesondere den Völkern Rußlands klar vor Augen geführt erscheint, daß Rußland nicht mehr gezwungen ist, für seine Verteidigung und für die Freiheit seiner Völker zu kämpfen, kann es bei dieser Gleichheit der Ziele der Regierungen der Verbündeten und der provisorischen Regierung Rußlands nicht schwer sein, den Weg der Verständigung zu finden — dies um so weniger, als Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich in Uebereinstimmung mit den ihm verbündeten Monarchen den Wunsch hegt, in Zukunft mit einem in seinen inneren und äußeren Lebensbedingungen gesicherten und zufriedenen russischen Volk in Frieden und Freundschaft zu leben.

Wien, 14. April. Minister des Aeußern Graf Czernin richtete an den Bürgermeister von Wien ein Schreiben, worin es heißt: Das furchtbare Drama des Weltkrieges nähert sich seinem Ende und dieses Ende wird ein für die Monarchie ehrenvoller Frieden sein, weil die Völker Oesterreich-Ungarns in fast dreijährigem Ringen bewiesen haben, daß sie niemals zu besiegen oder zu vernichten sind.

*

Die Kundgebungen der deutschen und österreichischen Regierungen mögen als Schritte gedacht sein, die zum Näherkommen von Friedensverhandlungen dienen sollen. Die Worte hören sich auch — verglichen mit der in diesem Weltkriege bisher üblichen Ausdrucksweise — ganz freundschaftlich an, aber ihnen fehlt doch die Hauptsache: die ganz klare Erklärung, daß die Regierungen der Mittelmächte keine Gebietserweiterungen erstreben. Darauf aber kommt es jetzt an! Die russische Revolutionsregierung hat feierlich erklärt:

„Die Verteidigung unseres eigentlichen nationalen Vaterlandes um jeden Preis und die Befreiung des Landes vom Feinde, der über unsere Grenzen gedrungen ist, bildet die hauptsächlichste, wichtigste Aufgabe unserer Krieger, die die Freiheit des Volkes verteidigen."

Zugleich versichert sie, daß „das Rußland nicht das Ziel hat, andere Völker zu beherrschen, ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen." — Hierzu hat die deutsche Regierung nicht klipp und klar Stellung genommen. Sie versichert nur, daß nicht die Absicht bestünde, Ehre und Freiheit des russischen Volkes anzutasten, das russische Volk zu erniedrigen oder in seinen Lebensbedingungen zu erschüttern. Das ist alles recht gut, aber was meint es, was bedeutet es in der Praxis! Das ist allein das Entscheidende. Bedeutet es, daß man Litauen und Kurland usw. behält — oder nicht? Der Reichskanzler hat wiederholt als Kriegsziel verkündet „Hinausschiebung der Grenzen nach Osten" und die bürgerlichen Parteien des Reichstages erklärten immer wieder, es sei ganz selbstverständlich, daß wir die russischen Ostseeprovinzen behalten müßten und behalten würden. Die russische Revolutionsregierung wird nun wissen wollen, wie die deutsche Regierung zur Frage der Landabtretung tatsächlich steht. Warum wählt denn die deutsche Regierung so deutungsfähige Worte? Sie weiß ganz genau, daß sie das heutige Rußland sofort zu Friedensverhandlungen bringen kann, wenn sie Garantien dafür gibt, daß sie nichts von Rußland erobern will. Würde sie das erklären, so wäre die Uebereinstimmung zwischen den Regierungen der Mittelmächte und der russischen hergestellt und der Friede im Grunde gesichert. Rußland würde einen derartigen Druck auf seine Verbündeten für Friedensverhandlungen ausüben, daß England entweder nachgäbe oder Rußland zu einem Sonderabkommen schritte. Wenn das russische Volk von der deutschen Regierung nichts mehr für sein Gebiet zu befürchten hat, ist der Sieg des Friedensgedankens in Rußland so vollkommen, daß ihm nichts widerstehen kann.

Klar ist die deutsche Erklärung nur, daß man den Freiheitskampf des russischen Volkes im Innern nicht stören wird. Aber in der Frage der besetzten und militärisch eroberten Gebiete ist sie unklar. Die rechtssozialistische Presse und der Vorwärts bemühen sich freilich, zu versichern, die deutsche Regierung wolle keine Gebietseroberungen. Wenn das richtig sein sollte, so müßt der Vorwärts die Regierung veranlassen, dies doch auch zu sagen. Warum denn nun nicht auch das letzte Hindernis beseitigen, das dem Frieden mit Rußland noch im Wege steht. Das Volk darf wohl endlich fordern, daß alles geschehe, um den Krieg zu beenden.

*

Die rechtssozialistische Mehrheitspresse wird heute folgende Stellungnahme ihrer bekannten Berliner Korrespondenz veröffentlichen:

„Die Erklärungen von Berlin und Wien sind so gehalten, daß sie auch dem leidenschaftlichsten Friedensfreund zu Kritik wenig Anlaß bieten. Vielleicht hätte die deutsche Erklärung noch etwas deutlicher aussprechen können, daß der Gedanke an Gebietserweiterungen über die bestehenden politischen Grenzen des Reiches hinaus vollständig aufgegeben sei. Soweit ist jedoch der Sinn der deutschen Erklärung vollkommen klar, daß Verrückungen von Grenzsteinen höchstens dann in Betracht kommen könnten, wenn über sie ein gegenseitiges vollkommen freiwilliges Uebereinkommen erzielt werden würde, daß also auf keinen Fall etwas genommen werden soll ohne die Absicht, etwas vollkommen Gleichwertiges dafür zu geben. Die deutsche Erklärung schließt somit die Absicht von Eroberungen vollständig aus und läßt nur dem Gedanken eines gegenseitigen vollkommen freiwilligen Austausches die Türe offen. Vielleicht wäre es gut gewesen, noch zu betonen, daß Veränderungen gegenüber den Stande vorher nicht nur ein freiwilliges Uebereinkommen der Vertragschließenden, sondern auch die Zustimmung der etwa von ihnen betroffenen Völker zur Voraussetzung haben sollen, daß also das nationale Selbstbestimmungsrecht durch den Frieden keineswegs irgendwie angetastet, sondern im Gegenteil durch ihn verwirklicht werden soll. — Erfreulich ist an der deutschen Erklärung, daß sie die noble Absicht des russischen Volkes, seinen Verbündeten treu zu bleiben, ohne weiteres anerkennt. Dem Gedanken, daß Deutschland einen Sonderfrieden mit Rußland anstrebe, um dann desto kräftiger über Rußlands bisherige Verbündete herfallen zu können, wird damit die Tür verriegelt. Deutschland will Rußland nicht zur Untreue an seinen Bundesgenossen verleiten, es will aber, daß Rußland innerhalb der Entente seinen ganzen Einfluß für einen allgemeinen Frieden einsetzt, der den übereinstimmenden Ansichten der russischen und der deutschen Regierung entspricht. Der Wert der deutschen Erklärung wird weiter dadurch erhöht, daß sie Rußland in kaum verhüllten Worten einen auf stillschweigender Vereinbarung beruhenden Waffenstillstand anbietet. Man kann also kaum leugnen, daß die Mittelmächte in ihrem Bestreben, einen baldigen Frieden herbeizuführen, bis nahe an die Grenzen des Möglichen (!) gehen."

Der Vorwärts schreibt: „Der Glaube, Deutschland führe einen Eroberungskrieg, hat sich infolge der törichten Kriegszieldebatten bei den Gegnern so fest eingewurzelt, daß die Worte der neuesten deutschen Regierungs-Erklärung vielleicht auch noch nicht dazu hinreichen werden, ihn zu entwurzeln. In Rußland sollte man aber bedenken, daß die stärkste und zukunftsreichste Partei Deutschlands, die Sozialdemokratie, jede

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170416-14/fragment/page=0001

Eroberungspolitik aufs allerschärfste und allerentschiedenste ablehnt, daß sie für einen Frieden eintritt, der keinen vergewaltigt und der den Völkern ihr Selbstbestimmungsrecht garantiert. Wir haben Grund zur Annahme, daß auch die deutsche Regierung heute diesen Standpunkt als berechtigt anerkennt und daß sie ehrlich gewillt ist, den Krieg zum Abschluß zu bringen in Verhandlungen, in deren sich die Mächte als einander vollkommen Gleichberechtigte gegenübertreten und in denen jeder Gedanke an gewaltsame Gebietsabtretungen ausgeschaltet sein soll."

Die russische Revolution.

Die Friedensfrage auf dem Kongreß des Arbeiterrates.

Petersburg, 14. April. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Erörterungen über die beiden ersten Punkte des Programms auf dem Kongreß der Bezirksabgeordneten des Arbeiter- und Soldatenausschusses lassen deutlich die beiden sich bekämpfenden Hauptströmungen erkennen. Die überwiegende Mehrheit hält an der durch den Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates vorgeschlagenen Entschließung über die Kriegsfrage fest, während die Minderheit der Kongreßteilnehmer, namentlich die extremen Sozialdemokraten, nicht nur den Verzicht auf Annektionen und Entschädigungen für unerläßlich halten, sondern auch einen baldigen Friedensschluß. Es ist bezeichnend, daß zahlreiche Zusatzanträge zu der Entschließung über den Krieg, die von den extremen Sozialdemokraten eingebracht waren, von einer überwältigenden Mehrheit verworfen wurden, und daß dieselbe Mehrheit die von einem Soldaten vorgeschlagenen Zusatzanträge annahm, die auf der Notwendigkeit von Operationen an der Front bestehen. Im Laufe der Erörterungen über die Kriegsfrage sprachen sich die Redner zugunsten der Fortsetzung des Krieges aus, damit Rußland mit Ehren aus diesem Kampfe hervorgehe. Die extremen Sozialdemokraten fordern den Kongreß auf, der provisorischen Regierung sein Mißtrauen auszusprechen, während der Kongreß die Ausführungen des Mitgliedes des Vollziehungsausschusses Zereteli zugunsten seiner Entschließung mit begeistertem Beifall aufnahm.

Die in diesem offiziösen Bericht erwähnte und über den grünen Klee gelobte Entschließung Zereteli's wurde schließlich mit 283 gegen 55 Stimmen angenommen. Sie bezweckt in der Hauptsache den „festen Entschluß der russischen Demokratie", auf dem Gebiete der auswärtigen Politik die gleichen Grundsätze der Freiheit und des Rechtes zu verwirklichen, die sie im Innern aufgestellt hat. Sie sagt weiter: „Das revolutionärrussische Volk wird seine Bemühungen für den Frieden auf der Grundlage der Brüderlichkeit und Gleichheit und freier Völker fortsetzen. — Ein amtlicher Verzicht aller Regierungen auf ein annektionistisches Programm wurde ein mächtiges Mittel zur Beendigung des Krieges unter ähnlichen Bedingungen darstellen. Solange diese Bedingungen nicht verwirklicht sind und solange der Krieg weitergeht, sieht die russische Demokratie ein, daß ein Bruch der Front und ein Erlahmen ihrer Widerstandskraft der verhängnisvollste Schlag für die Sache der Freiheit sein würden. Infolgedessen richtet der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenrates einen Aufruf an die russische Demokratie zur Mobilmachung aller lebenden Kräfte der Nation auf allen Gebieten des Volkslebens, um die Front und das Hinterland zu stärken. Das erfordert der gegenwärtige Augenblick geheterisch für den Erfolg der großen Revolution. Der Kongreß fordert alle Arbeiter in den Fabriken, in den Anlagen der Eisenbahn, im Post- und Telegraphenwesen und anderen, für die Armee und das Hinterland schaffenden Unternehmungen auf, in der Arbeit größte Betriebsamkeit zu entwickeln. Die wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterklassen und die Bemühungen um Reformen nach außen dürfen nicht die Energie der Arbeit mindern, sondern müssen die Erzeugung zu Höchstleistungen anspornen, um alles, was für die Bevölkerung und das Heer unumgänglich notwendig ist, sicherzustellen.

Für baldigen Frieden und gegen Eroberungsziele sprach sich der Moskauer Handels- und Industriekongreß aus. Er forderte das russische Volk auf, alle Kräfte anzuspannen, um die Integrität des Vaterlandes und die neuerkämpfte Freiheit zu sichern. Die Kriegsziele der Kadetten wurden auf das energischste verworfen. Die Erwerbung Konstantinopels und der Dardanellen sei utopisch und für Rußland gänzlich überflüssig; sie würde nur den Anlaß zu neuen Kriegen bilden. Die russischen Bauernklassen müssen ebenso energisch wie die Arbeiter allen annektionistischen Plänen entsagen.

Brantings Mission. Wie Petersburger Berichte der Pariser Blätter (nach der V. Ztg.) bestätigen, bemühte sich der Führer der schwedischen Mehrheitssozialisten Branting in Petersburg, die russischen Sozialisten der Kriegspartei zuzuführen. Er verlas von den Arbeiter- und Soldatenausschuß die Begrüßungsdepesche Haases und Ledebours an die russische Sozialdemokratie, bezeichnete aber die beiden Sozialisten als „weiße Raben" und warnte davor, von der deutschen Sozialdemokratie eine demokratische Handlung zu erhoffen. Branting fand jedoch bei Tscheidse und dessen Anhängern, die eine Annäherung an Scheidemann verlangten, heftigen Widerspruch. Im Gegensatz zu Branting wirkt der dänische Sozialist Borgbjerg in verhängnisvollem Sinne. Die Haltung der Gruppe Tscheidse wird den Regierungskreisen derartig „verdächtig", daß die Kußkoje Wolja ihre Bestrafung als Agenten des Feindes verlangt.

Eine Kundgebung russischer Revolutionäre.

Die in Stockholm aus der Schweiz angekommenen russischen Revolutionäre haben in der schwedischen Zeitung Politiken eine Kundgebung veröffentlicht, in der erklärt wird, daß England alles getan habe, um die Durchführung der politischen Amnestie in Rußland zu verhindern. Die britische Regierung halte alle im Auslande wohnenden russischen Revolutionäre zurück, die gegen den Krieg seien. Das Material hierüber solle demnächst in einer von den russischen Sozialisten aller Parteien beschlossenen Resolution veröffentlicht werden.

Im Vorblatt heißt es, nach dem L. A., in der Erklärung der russischen Revolutionäre: „Die Deutschen gewährten dem russischen Zuge Extraterritorialitätsrechte. Am 6. April reisen 30 russische männliche und weibliche Sozialisten, darunter Lenin und Sinowiew, sowie einige Mitglieder des polnischen Arbeiterverbandes durch Deutschland. . . ."

Berlin, 16. April. Wie die B. Ztg. berichtet, habe der Führer der russischen Sozialistengruppe Lenin in einer Konferenz, welche seine Gruppe auf der Reise nach Petersburg in Stockholm mit Vertretern der schwedischen Minderheitspartei gehabt hatte, erklärt, er stehe an der Spitze einer energischen Friedensaktion. Er hoffe, schon nach 14 Tagen erfolgreiche Vorbereitungen für eine internationale Friedenskonferenz zu treffen.

Die polnische Frage.

Der polnische Staatsrat in Warschau hat sich mit dem Manifest befaßt, das die neue russische Revolutionsregierung an die polnische Nation richtete. In einer einstimmig beschlossenen Erklärung sagt der polnische Staatsrat dazu:

Der europäische Krieg hat die polnische Frage als großes Problem der internationalen Politik auf den Weltplan gerückt. Die polnische Frage konnte nur durch Schaffung eines polnischen Reiches gelöst werden; diese geschichtliche Notwendigkeit erkannten zuerst die Regierungen der Mittelmächte. Ihr Akt vom 5. November rief den unabhängigen polnischen Staat ins Leben, wenn er auch seine Landesgrenzen noch nicht bezeichnete. Nunmehr erkennt auch die provisorische russische Regierung die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes an und stellt auf diese Weise fest, daß die Wiederherstellung Polens eine unabweisbare geschichtliche Notwendigkeit ist. Die neue russische Regierung bietet jedoch den Polen Länder an, welche ihrer Herrschaft nicht unterstehen, überträgt die Festlegung von Grenzen für den polnischen Staat der russischen Konstituante und sieht überdies von vornherein eine militärische Vereinigung der beiden Mächte vor. Jede uns aufgezwungene Verbindung beschränkt das Wesen der Unabhängigkeit und widerspricht der Ehre einer freien Nation. Wir müssen uns überhaupt gegen jede Bedingung verwahren, die unseren freien nationalen Willen fesselt. Der provisorische Staatsrat steht seine Ziele klar vor sich: Die konstitutionelle Monarchie, eine starke Regierung, ein zahlreiches Heer, das sind die Aufgaben, die wir lösen werden. Besonders die Bildung einer eigenen Wehrmacht als wirksamer Bürgschaft für eine unabhängige staatliche Existenz ist die Pflicht, von deren Erfüllung uns nichts abzuhalten vermag. Mit dem russischen Reiche wünschen wir freundnachbarliche Beziehungen zu pflegen, doch müssen wir uns gegen die Zumutung verwahren, Krieg gegen die Mittelmächte zu führen, deren Monarchen unsere Unabhängigkeit verbürgt haben. Nicht einer längeren Krieg, sondern den Frieden ersehnen die blutenden Völker Europas. Der durch den Akt vom 5. November verkündete und nunmehr durch die Regierung des neuaufstehenden Rußlands anerkannte unabhängige polnische Staat soll die Grundlage bilden für den Beginn der Friedensverhandlungen und die Festigung normaler Lebensbedingungen in Europa.

Das polnische Hilfskorps. Warschau, 13. April. Generalgouverneur v. Beseler erließ folgenden Tagesbefehl an das Kommando des polnischen Hilfskorps: Auf Grund der Vereinbarungen Deutschlands und Österreich-Ungarns scheidet das polnische Hilfskorps mit dem heutigen Tage aus dem österreichisch-ungarischen Heeresverbande aus und tritt unter meinen Befehl, um dem Wunsche des polnischen Volkes entsprechend unter Mitwirkung des provisorischen Staatsrats für das Königreich Polen den Stamm für die unverzüglich anzustellende polnische Armee zu bilden.

Darauf wies Generalgouverneur v. Beseler in einer kurzen Ansprache auf die Wichtigkeit der Heeresbildung für den werdenden polnischen Staat hin und richtete an den provisorischen Staatsrat die Bitte um tatkräftige Mitarbeit und Aufklärung des polnischen Volkes über die Bedeutung der hierbei zu ergreifenden Maßregeln. Polen müsse sein Heer bilden, um im Augenblicke des Friedensschlusses fest gegründet und stark dazustehen.

Kronmarschall von Niemojowski stattete namens des Staatsrats seinen Dank ab und sprach die Bereitschaft des Staatsrats zur Mitarbeit aus.

Der amerikanische Krieg.

Der Kriegsetat wurde vom Repräsentantenhaus angenommen.

Joffre Organisator der amerikanischen Armee. Die Telegraphen-Information berichtet aus Paris, die französische Regierung habe eine Militärkommission, die unter Führung des Marschalls Joffre steht, nach Amerika zur Organisation der Feldarmee der Vereinigten Staaten abgesandt.

Zur Beschlagnahme der deutschen Schiffe kommt aus Newyork die Nachricht, daß die amerikanische Regierung auch die beschlagnahmten deutschen und österreichisch-ungarischen Handelsschiffe verwenden wird und außerdem beabsichtigt, eine Anzahl von Küstenfahrern für die Ozeanfahrt umzubauen. — Die amerikanische Regierung beschloß weiter, die Mannschaften der deutschen Kauffahrteischiffe — es handelt sich um 1800 Mann —, die in amerikanischen Häfen festgehalten werden, für Feld- und andere Arbeiten zu verwenden, jedoch nicht für solche Tätigkeiten, die mit dem Krieg in Zusammenhang stehen.

Der wirtschaftliche Druck. London, 14. April. Morning Post erfährt aus Washington, daß der Senator King beantragt hat, vom Handelsamt Informationen über amerikanische Waren zu verlangen, die während des Krieges über Schweden, Norwegen, Dänemark, die Niederlande und die Schweiz nach Deutschland gelangt sind. King erklärte, er habe die Absicht, einen Antrag einzubringen, daß die Ausfuhr nach neutralen Ländern, die mit Deutschland Handel treiben, einzustellen sei. Der Vorsitzende des neu errichteten Departements für die Lebensmittelversorgung schlug vor, die Getreidetransporte nach neutralen Ländern, die an Deutschland grenzen, zu verbieten. — Newyork Times schlägt vor, in den an Deutschland grenzenden neutralen Ländern Amerikaner mit der Bewachung der Grenzen zu beauftragen. Sie würden dafür zu sorgen haben, daß jeder Handel mit Deutschland aufhört. Falls die betreffenden Länder sich dagegen sträuben, so müßte ihnen die Zufuhr aus Amerika vollständig abgeschnitten werden.

Ein amerikanischer Staatenbund gegen die Mittelmächte? Nach dem Londoner Gewährsmann der Voss. Ztg. beabsichtigt Wilson, einen Bund amerikanischer Staaten gegen die Mittelmächte zu gründen, um teilweise die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz für Amerika zu verwirklichen.

Die Kriegsstimmung in Brasilien. Die Zeitung Imparzial in Rio de Janeiro behauptet, daß Brasilien im Kriegsfalle 200 000 Mann Infanterie nach Europa senden wolle. (?)

Nach Mitteilungen aus Rio de Janeiro fanden daselbst Kundgebungen zugunsten der Alliierten und für den Krieg statt. — In Sao Paulo und in Para na soll es zu deutschfeindlichen Ausschreitungen gekommen sein.

Meldungen vom U-Boot-Kriege.

Berlin, 14. April. (Amtlich.) Im Mittelmeere wurden nach neu eingetroffenen Meldungen weitere 12 Dampfer und 14 Segler mit 50 000 Tonnen versenkt, darunter am 25. März von Alexandrien der bewaffnete englische Dampfer Vellore (4926 Tonnen) mit 7000 Tonnen Kohlen von Glasgow nach Alexandrien; am 31. März ein unbekannter bewaffneter Dampfer von etwa 5000 Tonnen, der sich mit Kohlen auf dem Wege nach Piräus befand; am 1. April der bewaffnete englische Dampfer Warren (2709 Tonnen) mit 5000 Tonnen Gerste und Mais auf dem Wege nach Spezia und ein unbekannter vollbeladener Dampfer von 5000 Tonnen, der durch vier Fischdampfer geschützt war; am 3. April ein unbekannter bewaffneter Materialtransportdampfer von etwa 5000 Tonnen, ein unbekannter bewaffneter englischer Tankdampfer von etwa 4000 Tonnen und drei italienische Segler mit etwa 1000 Tonnen Phosphate von Tunis nach Livorno; am 4. April ein unbekannter vollbeladener bewaffneter Dampfer von etwa 4000 Tonnen, begleitet von zwei Fischdampfern; am 5. April der norwegische Dampfer Sofstad (4390 Tonnen) mit 6495 Tonnen Weizen von Avlesund nach Livorno.

Berlin, 14. April. Amtlich. Am 14. April früh wurden von unseren Kampfflugzeugen vor der flandrischen Küste zwei französische Flugboote im Luftkampf abgeschossen, die vier Insassen wurden gefangengenommen. — Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Rotterdam, 14. April. Der niederländische Generalkonsul in London teilt mit, daß die drei niederländischen Segelschiffe Voormaarts, Neptunus und Dina Hendriks versenkt worden sind.

Kopenhagen, 14. April. Das Ministerium des Äußern teilt mit, daß der dänische Dreimastschooner Ebenezer auf der Reise von Savannah nach Dänemark mit Futtermitteln im Atlantischen Ozean versenkt worden ist.

London, 13. April. Amtlich. Während der Nacht vom 30. zum 31. März torpedierten die Deutschen ohne Warnung mitten im Kanal das englische Hospitalschiff Gloucester Castle (7950 Tonnen.) Alle Verwundeten konnten geborgen werden. Ein drahtloser Bericht aus Berlin vom 11. April gibt bekannt, daß diese Tat von einem deutschen Unterseeboot ausgeführt worden ist.

Notizen.

Englands Heeresaufbringung. London, 14. April. Amtlich wird bekanntgegeben: Um den dringenden Bedarf des Heeres für 500 000 Mann bis zum Juli, wovon der Generalstabschef Robertson kürzlich Mitteilung machte, voll zu befriedigen, wird eine große Zahl von Munitionsarbeitern für den Heeresdienst freigemacht werden. Es wird damit am 1. Mai begonnen werden und es ist beabsichtigt, die freigemachten Leute möglichst nach Altersklassen einzuberufen, wobei mit den jüngeren der Anfang gemacht wird.

Portugiesen an der Westfront. ABC meldet aus Lissabon, daß nach einer Mitteilung des portugiesischen Kriegsministers ein Teil des in Frankreich befindlichen Expeditionskorps an der englischen Front aktiv am Kampfe teilnimmt. Affonso Costa, der portugiesische Finanzminister und gewesene Ministerpräsident, gab nachfolgende Erklärung ab: Gegenwärtig haben wir an der Westfront eine Division, die jedoch auf ein Armeekorps von 60 000 Mann Stärke erhöht werden soll. Wir sind in der Lage, monatlich 6000 Mann in vollständiger Kriegsausrüstung an die Front abzusenden.

Anwerbungssitten in Australien. Während einer Rede, die der australische Premierminister in Sidney zum Anwerben von Freiwilligen hielt, brachten Kavalleristen 50 gesattelte, aber reiterlose Pferde, die an den Sätteln die Aufschrift trugen: Wer will diese Sättel ausfüllen?

Hungersnot in Griechenland. Nach amtlichen Feststellungen und beglaubigten Mitteilungen sind infolge der Blockade in Griechenland eine größere Anzahl Todesfälle infolge Hungers zu verzeichnen. Auf der Insel Ithaka vier, auf Leukas einer, auf Thessalonia drei, auf Euboa vier, in Trebesal einer, in Messena fünf, in Elis zwei; mehrere Mütter beklagen den Verlust ihrer Säuglinge, da sie diese nicht nähren konnten. Trotz des Hungers weigert sich die Bevölkerung, von der Entente Lebensmittel anzunehmen.

Politische Uebersicht.

Hinausschiebung der Reichstagsarbeit.

Vertagung des Haushaltsausschusses. Der Haushaltsausschuß des Reichstages sollte nach den getroffenen Dispositionen seine Arbeiten am 17. April wieder aufnehmen, um bis zum Zusammentritt des Plenums die Vorberatung des Etats zu erledigen. Der Zusammentritt des Haushaltsausschusses ist nunmehr bis zum 24. April verschoben worden. An diesem Tage sollten die Plenarberatungen wieder beginnen, die nun aber vermutlich gleichfalls einen Aufschub erleiden werden.

Eine weitere Meldung besagt: Am 21 April wird auch das Plenum wieder zusammentreten. Da jedoch der Haupthaushalt dem Plenum bis zu diesem Tage keinen Beratungsstoff liefern wird, so ist nur eine kurze geschäftliche Sitzung in Aussicht genommen. Am Schlusse dieser Sitzung beabsichtigt der Präsident, vorzuschlagen, die nächste Sitzung erst am 2. Mai abzuhalten.

So wird die deutsche Volksvertretung wieder längere Zeit schweigen, obgleich die wichtigsten Vorgänge auf dem Weltheater ständige Verhandlungen notwendig machten. Daß „kein Beratungsstoff vorliegt", ist die treffendste Satire, die man auf eine Volksvertretung inmitten der Zeit der Weltrevolutionen schreiben kann.

Der Verfassungsausschuß.

Eine in parlamentarischen Dingen vielfach recht unzuverlässige Nachrichtenstelle verbreitet die Mitteilung, daß der Verfassungsausschuß am 24. April seine Tätigkeit aufnehmen und entweder den Abg. Gröber oder den Abg. Prinzen Schönaich-Carolath zu seinem Vorsitzenden wählen werde. — Das ist alles unrichtig. Der Verfassungsausschuß ist noch gar nicht gewählt, er kann sich frühestens am 25. April konstituieren, vorausgesetzt, daß der Reichstag, was noch nicht absolut sicher ist, am 24. April seine Arbeiten wieder aufnimmt. Vorsitzender wird außerdem keiner der genannten Abgeordneten, sondern ein Mitder sozialdemokratischen Fraktion, die diesmal an der Reihe ist, den Vorsitzenden zu stellen. Was sonst noch über ein angebliches Arbeitsprogramm des Verfassungsausschusses berichtet wird, beruht auf völlig haltlosen Kombinationen. — So erklärt das sozialdemokratische Pressebureau.

Die sogenannte Luxussteuer.

Der Entwurf einer Luxussteuer, wie ihn der Steuerausschuß beraten hat, war bekanntlich keine Vorlage der Regierung, sondern stellte einen Antrag dar, den die Mehrheitsparteien im Ausschuß eingebracht hatten. Dieser Antrag war aber auch nicht auf dem Boden dieser Parteien gewachsen, sondern stammte aus dem Reichsschatzamt, wo man über eine reichhaltige Auswahl von Steuerentwürfen aller Art verfügt. Wenn ein von der Regierung vorgelegter Steuerentwurf in seinem Ertrage zu sehr beschnitten wird, dann taucht sofort eine in allen Einzelheiten fertiggestellte Ersatzsteuer auf, die einem Abgeordneten in die Hand gedrückt wird, der sie dann als seinen Antrag oder den seiner Partei einbringt. Für die Regierung hat dieser Weg gewisse Annehmlichkeiten; erstens gilt sie nach außen hin nicht als die Urheberin dieser Ersatzsteuer und zweitens braucht ein solcher Entwurf nicht die erste Lesung im Plenum des Reichstages zu passieren. Zudem kommt noch, daß die von einer solchen „Ersatzsteuer" betroffenen Interessenten kaum die Zeit haben, ihre Bedenken wirksam geltend machen zu können. Auf diese Weise sind die Steuergesetze schnellstens auch zu der Streichholzsteuer gekommen, die in 48 Stunden für und fertig war. Die Luxussteuer konnte nicht in der gleichen Weise durchgepeitscht werden. Gegen diese Steuer sind eine Menge sehr beachtlicher Einwände erhoben worden, z. B. die enormen Schädigungen der Goldwarenindustrie, des Kunstgewerbes usw., so daß, wie die Tägl. Rundschau mitteilt, damit gerechnet werden kann, daß das Reichsschatzamt auf die Weiterberatung dieser Steuer keinen Wert mehr legen dürfte.

Ein Freispruch.

Saarbrücken, 13. April. Vor Ausbruch des Krieges hatte das Militärgericht in Metz den Oberleutnant Tiegs vom 16. Feldartillerie-Regiment in Diedenhofen wegen Erschießens des Fähnrichs Förster zu zehn Jahren Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere verurteilt. Auf die Berufung des Angeklagten kam die Sache gestern und heute vor dem Oberkriegsgericht des stellvertretenden 21. Armeekorps zur Verhandlung, das Tiegs heute mittag freisprach.

Kleine politische Nachrichten.

Das Preußische Abgeordnetenhaus nimmt am Donnerstag den 26. April, seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Gesetzentwurfes über die Abänderung des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch sowie Anträge und Petitionen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170416-14/fragment/page=0002

Ums tägliche Brot.

Arbeitervertreter bei der Nachprüfung der Kornvorräte. Der Landrat des Kreises Eckernförde um Regierungsbezirk Schleswig hat auf Wunsch der Gewerkschaften bestimmt, daß an der Nachprüfung der Kornvorräte (im Kreise 29 Vertreter aus der Kreisen der Arbeiter und der städtischen Bevölkerung teinehmen sollen. Er gibt dies der ländlichen Bevölkerung durch öffentliche Anzeige bekannt und knüpft daran die Hoffnung, daß dadurch ein etwaiges Mißtrauen der städtischen Bevölkerung gegen die ländliche und gegen die Arbeit des mit der Nachprüfung betrauten Ausschusses beseitigt werde.

Ueber die Ergebnisse der neuen Bestandsaufnahme wird offiziös gemeldet:

Berlin, 14. April. Ein Berliner Blatt bringt in seiner Abendausgabe vom 14. April d. J. die Nachricht, daß nach Mitteilung des Kriegsernährungsamts die Beschlagnahme auf dem Lande bedeutende Ueberschüsse über die Bestandsangaben zulage gefördert hätten. Die Nachricht ist in dieser Form unrichtig. Dem Vertreter des Blattes ist auf seine diesbezügliche Anfrage vom Kriegsernährungsamt mitgeteilt worden, daß zwar in einzelnen Bezirken nach weiter fortgeschrittenem Ausdrusch von den Revisoren ein Mehrbetrag an Getreide gegenüber der Bestandsaufnahme vom 15. Februar d. J. festgestellt sei, daß sich das Ergebnis der Nachprüfungen aber noch nicht im entferntesten übersehen lasse. Mit einem Mehrertrag ist von vornherein gerechnet worden.

Keine Weitererlieferung der Bierbrauereien mit Gerste. Amtlich wird gemeldet: Es sind in neuerer Zeit in der Presse Stimmen laut geworden, daß trotz der ungünstigen Getreideversorgung die Weitererlieferung der Bierbrauereien mit Gerste zur Biererzeugung erfolge. Diese Mitteilungen sind unzutreffend. Die an Gerste verfügbaren Mengen finden in erster Linie für die Herstellung von Nahrmitteln, insbesondere von Graupen und Grütze, in geringen Mengen für die Fabrikation von Getreidekaffe und Preßhefe, Verwendung.

Aus der Provinz.

Fundprämien für abbauwürdige Phosphatlager.

In einer Veröffentlichung des preußischen Landwirtschaftsministeriums heißt es: Um die Erträge der Landwirtschaft dauernd auf der Höhe zu halten, ist eine Vermehrung der Bestände an phosphorsäurehaltigen Düngemitteln erforderlich. Aus Mitteln des Preußischen Staates, der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, des Vereins deutscher Düngerfabrikanten und der Chemischen Fabrik Rhenania in Aachen ist daher ein Betrag von 100 000 Mark ausgeworfen worden, der zur Gewährung von Prämien für die Auffindung neuer Lagerstätten und zur der weiteren Untersuchung der letzteren bestimmt ist. Da auf die Mitarbeit nicht nur von Fachleuten, sondern auch von Laien gerechnet wird, können solche Personen, die sich an den Nachforschungen beteiligen wollen, von dem Rheinischen Mineralien-Kontor Dr. F. Krantz, Bonn, Herwarthstraße 36, kleine Proben der in Betracht kommenden Gesteine nebst einer kurzen Beschreibung der Vorkommen beziehen. Meldungen bisher unbekannter, noch nicht gebauter Phosphatlagerstätten sind an die Rohmaterialstelle des Landwirtschaftsministeriums, Berlin, Leipziger Platz 7, zu richten. Die Königl. Geologische Landesanstalt Berlin, Invalidenstraße 44, hat sich zur Mitarbeit und Auskunfterteilung bereit erklärt.

Erweist sich die angegebene Fundstelle als aussichtsvoll, so erfolgt eine Untersuchung durch Sachverständige, von deren Ergebnis es abhängt, ob eine Rückgewähr der für die Auffindung aufgewendeten Kosten und die Gewährung einer Fundprämie stattfindet. Die Höhe der letzteren richtet sich nach dem Werte der festgestellten Lagerstätte. Findet ein Abbau der neuen Lagerstätte statt, so wird dem Finder eine angemessene Vergütung für jede Tonne des tatsächlich geförderten Gesteins zugesichert.

Ein merkwürdiger Protest.

Der Magdeburger Verein für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Maschinen nahm folgende Entschließung an: „Der Magdeburger Verein für landwirtschaft und landwirtschaftliche Maschinen weist die Vorwürfe des Vorsitzenden des preußischen Kriegsernährungsamtes, Exzellenz Michaelis, daß die Landwirte den Gesetzen entgegen Brotkorn verfüttern, mit Entrüstung zurück. Die sächsischen Landwirte haben bis jetzt die Gesetze und Verordnungen der Regierung streng befolgt und werden es auch weiter tun, so schwere Opfer ihnen auch dadurch auferlegt werden." — Sollte den Magdeburger Herren nicht bekannt sein, daß der preußische Staatskommissar für Volksernährung bisher Leiter der Reichsgetreidestelle war und solcher sicher den allergenauesten Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse sich verschafft hat? Sollte es dem Verein auch unbekannt sein, daß Dr. Heim noch am 8. d. M. wiederum öffentlich darauf hingewiesen hat, daß elf preußische Regierungsbezirke noch nicht einmal die Hälfte ihrer Pflichtgerste abgeliefert haben? Wo steckt denn eigentlich dieses Getreide? Wenn es nicht verfüttert wurde, dann müssen wir ja noch recht wesentliche Zuschüsse zur Brotmehlherstellung zu erwarten haben.

Sommerzeit und Landwirtschaft.

Minister v. Breitenbach hat an die ihm unterstellten Eisenbahndirektionen folgenden Erlaß gerichtet: Bei den zahlreichen Klagen aus landwirtschaftlichen Kreisen wird vielfach behauptet, daß ein großer Teil der landwirtschaftlichen Arbeiten überhaupt nicht nach der gesetzlichen Zeit eingerichtet, sondern nur in den durch die natürlichen Verhältnisse (Stand der Sonne, Taufall u. dgl.) gegebenen Zeiten begonnen und beendet werden könne. Hieraus folgt, daß die Zeiteinteilung für den landwirtschaftlichen Betrieb stets auf einem Kompromiß mit der gesetzlichen Zeit beruhen wird. Bei hinreichendem Anpassungswillen der beteiligten Kreise wird dieses Kompromiß ebenso leicht gegenüber der Sommerzeit als gegenüber der mitteleuropäischen Zeit zu finden sein. Wo sich tatsächlich Schwierigkeiten ergeben haben, wie zum Beispiel des frühzeitigen Abganges der Milchzüge wegen, ist bereits im Vorjahre vielfach seitens der Eisenbahnverwaltungen Abhilfe geschafft worden. Das wird auch in diesem Jahre geschehen.

Leuna. Erfolgreiche Kritik. Wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wurde, hat unser im vorigen Monat gebrachter Bericht über die mangelnde Gesundheitspflege in den Werksbaracken dazu geführt, daß vor jeder Baracke Badeeinrichtungen angebracht werden. Der Umbau, der bereits in vollstem Gange ist, erfordert 150 000 Mark Ausgaben, die damit jedenfalls eine weit nützlichere Verwendung finden, wie so manche andere Summen.

Schkeuditz. Kartellsitzung. Der Vorsitzende brachte einen Fragebogen vom Arbeitersekretariat Leipzig zur Verlesung, in welchem um Aufstellung der Lebensmittelrationen ersucht wurde. Der Bogen ist bereits ausgefüllt an das Arbeitersekretariat Leipzig abgesandt worden. — Vom Bezirkssekretariat Merseburg war eine Anfrage eingegangen wegen Abhaltung einer Kartellkonferenz. Die Genossen waren für Abhaltung einer solchen Konferenz und erklärten sich bereit, sie durch Delegierte zu beschicken. — Weiter lag ein Fragebogen zur Jahresstatistik der deutschen Gewerkschaftskartelle für das Jahr 1916 vor. Auch die Abrechnung vom Bezirkskartell Merseburg für das Jahr 1916 war eingegangen; sie lag den Genossen zur Einsichtnahme vor. Andere Eingänge von der Generalkommission wurden als gegenstandslos verworfen. — Die Kommission, die wegen des Kohlenmangels beim Bürgermeister vorstellig geworden war, gab einen Bericht, wonach die Kohlennot auch fernerhin anhalten wird, da es an der Beförderungsmöglichkeit mangelt. Es wir jedoch erwartet, daß vom Magistrat Maßregeln ergriffen werden, um den Mangel einigermaßen zu beseitigen. — Hierauf gab Gen. Müller den Sekretariatsbericht, der von den Genossen mit Interesse aufgenommen wurde. Es wurden dann 50 Mk. zur Deckung der Unkosten des Sekretariats bewilligt. — Weiter wurde beschlossen, die Bibliothek für das Sommerhalbjahr Sonntags zu schließen. Es wird den Lesern Gelegenheit geboten, die Bücher Mittwochs, abends von 8 Uhr an, in der Bibliothek umzutauschen. — Den Genossen wird noch zur Nachricht gegeben, daß das Lokal Stadt Leipzig der Arbeiterschaft seine Lokalitäten zur Verfügung gestellt hat; auch liegt dort die Arbeiterpresse aus.

— Die Auszahlung der Familien-Unterstützungen für die zweite Hälfte des Monats April erfolgt am Dienstag, den 17. April, vormittags, und zwar an die Empfänger 1 bis 250 von 8 bis 9 Uhr, 251 bis 500 von 9 bis 10 Uhr, 501 bis 750 von 10 bis 11 Uhr, 751 bis 1000 von 11 bis 12 Uhr.

— Brotdiebstähle eines Jungen. Ein 13jähr. Schulknabe aus Schkeuditz hatte das Geld zum Brotholen verlangt und verlangte dann vom Bäcker ein Brot. Als er es erhalten hatte, bei er noch um Brötchen. Als der Bäcker sich umwendete, um welche zu holen, verschwand der Junge mit dem Brot. Ein anderes Mal nahm er einem Knaben ein Brot weg. Das Schkeuditzer Schöffengericht verurteilte ihn dann wegen Betrugs und Raubraubs zu einer Woche Gefängnis und drei Tage Haft. Der Vater legte Berufung ein, sog diese jedoch vor der Strafkammer zurück.

Querfurt. Musterung der Achtzehnjährigen erfolgt im Kreise Querfurt in der Zeit vom 18. bis 27. April 1917. Es haben zu erscheinen: 1. Alle Wehrpflichtigen des Geburtsjahrganges 1899; 2. Diejenigen Wehrpflichtigen, die nach dem 1. Oktober 1916 wegen körperlicher Fehler auf Zeit zurückgestellt sind unter Berücksichtigung der obigen Ausnahme. Hierunter rechnen auch die Militärpflichtigen der Jahrgänge 1897, 1898, 1895 und 1891. Die unter 2 aufgeführten Wehrpflichtigen erhalten von dem Unterzeichneten oder von dem Bezirkskommando Naumburg a. S. besondere Gestellungsbefehle. Der Jahrgang 1899 wird nicht besonders beordert. Jahrgang 1899 hat als Personalausweis Invaliden-Quittungskarte, Arbeitsbuch, Dienstbuch oder standesamtlichen Geburtsschein zur Musterung mitzubringen, dagegen die übrigen Stellungspflichtigen die Militärpapiere oder Musterungsausweise.

Eisleben. Im Walde erhängt. Am Freitag nachmittag ist der hier wohnende Maurer Gustav K. im Neckendorfer Walde erhängt tot aufgefunden.

— Die geänderte Lebensmittelzuteilung. Es ist der Stadt gegluckt, die Kartoffelversorgung bis zur Ernte sicherzustellen einschließlich der Mehrabgabe an die 5000 Schwerst- und 3000 Schwerarbeiter. Es treffen noch fortgesetzt die Ladungen ein. Ebenso soll es mit den zu gewährenden Fleischportionen sein; jeder soll nach Abzug der Brotportion mit der entsprechenden Menge Fleisch, ½ Pfund 40 Pf., versorgt werden können. Eier sind dieser Tage wieder eingetroffen, so daß 4 Stück pro Kopf abgegeben werden können. In der nächsten Woche werden Erbsen, pro Kopf ½ Pfund, abgegeben. Die Volksküche hat jetzt 3000 regelmäßige Besucher, die allerdings von jetzt an mit einem Teil ihrer Kartoffel- und Fleischkarte herangezogen werden.

Beesenstedt. Großer Lebensmitteldiebstahl. Am Mittwoch früh brannte bei Martin Pette der Strohdiemen ab und in derselben Nacht wurde daselbst ein großer Einbruchsdiebstahl verübt. Die Diebe stahlen 50 Pfund Butter, Eier, Wurst, Speck, Schinken, eine Kalbskeule und Geld, wieviel, konnte noch nicht genau festgestellt werden. Auch Silbersachen sind gestohlen. Die Beute ist groß. Es fehlt bis jetzt jede Spur von den Dieben. Die Sachen sind auf Wagen fortgeschafft worden.

Wolfen. Bei der Arbeit getötet. In dem hiesigen Farbewerk ereignete sich eine Rohrexplosion, durch die der Arbeiter Wilhelm Riemer auf der Stelle getötet wurde.

Köthen. Eisenbahners Tod. Ein schwerer Unfall hat sich in der Nähe des hiesigen Bahnhofes zugetragen. Der Personenzug hatte keine Einfahrt und mußte kurz vor dem Bahnhofe halten. Hierbei wollte der hier wohnende Rottenführer Hermann Noack aussteigen. Im selben Augenblicke rückte aber der Zug an, Noack kam zu Falle und der Zug ging über den bedauernswerten Mann hinweg, so daß er sofort tot war.

Torgau. Drei russische Offiziere aus dem Gefangenlagerentwichen. In der Sonntagnacht sind aus dem hiesigen Offiziers-Gefangenenlager Fort Zinna drei russische Offiziere entwichen, und zwar: 1. Der General Atakschiff, 1,68 Meter groß, blondes, zum Teil stark ergrautes Haar und grauen Schnurrbart, Schrapnellschuß am linken Bein, spricht etwas deutsch; 2. der Leutnant Kissiloff, 1,70 Meter groß, schwarzes, dünnes Haar; 3. der Leutnant Warakin, 1,78 Meter groß, blondes Haar, kleiner dunkler Schnurrbart, spricht etwas deutsch.

Wittenberg. Eine Erhebung über Mietsteigerungen und Ankündigungen, die am 1. April erfolgten, will der Magistrat wieder aufnehmen. Alle Mieter, auch die, die bereits beim Mieteinigungsamt Beschwerde einlegten, werden aufgefordert, die Angaben bis zum 21. April beim Polizeikommissar mündlich oder schriftlich abzugeben. Die schriftlichen Angaben müssen enthalten: volle Adresse des Mieters und des Hauswirtes, Größe und bisheriger Preis der Wohnung, sowie den jetzigen Preis und den Grund der Steigerung oder der Kündigung. Auch ob die Wohnung schon vermietet und der Mieter bereits Ersatz gefunden, soll mit angegeben werden. Eine Veröffentlichung des erhaltenen Materials wäre jedenfalls in mehr als einer Hinsicht sehr interessant, da nach den bisherigen Verlautbarungen stellenweise wieder recht hohe Steigerungen vorgekommen sind.

— Eierverkauf. Der Magistrat läßt am Dienstag, den 17. April, in den Fettverkaufsstellen auf Sterkarte Nr. 7 drei Eier abgeben. Jeder Käufer muß in der Verkaufsstelle kaufen, in der er in der Kundenliste steht. Die Eier werden ohne Gewähr verkauft; das Stück kostet 34 Pf.

— Höchstpreise für Gänseküken sind endlich auch hier herausgekommen, nachdem für die kleinen, vielbegehrten Tierchen bereits unerhörte Preise verlangt und leider auch gezahlt worden sind. Für nur einige Tage alte Küken wurden schon bisher 12 Mk. verlangt; auf dem letzten Wochenmarkte stieg der Preis für vielleicht 8 Tage alte Tiere gar auf 16 Mk., was die Marktpolizei zum Einschreiten veranlaßte. Die jetzt veröffentlichten Höchstpreise betragen für Gänseküken (acht bis zehn Tage alt) 4 Mk.; für vier Wochen alte Tiere 4,50 Mk. verlangt werden. Auch für Entenküken gelten jetzt Höchstpreise, und zwar 2 bis 2,50 Mk.

— Ein Lebensmitteldiebstahl wurde in der Falkstraße bei Frau Tuhbe in der Nacht zum Sonnabend ausgeführt. Der Dieb erbeutete hierbei eine Speckseite von 6 Pfund und mehrere Schlachtwürste.

Gewerkschaftliches.

Der Bauunternehmerverband gegen jede Lohnerhöhung.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben erlassen, das recht deutlich zeigt, was die Bauarbeiter von den Bauherren zu erwarten haben. In dem Schreiben wendet sich diese Unternehmerorganisation gegen die Bewilligung höherer Kriegszulagen und gegen Verhandlungen über die Erhöhung dieser Zulagen. Jede Mehrbewilligung und jede Verhandlung sei mit der Begründung abzulehnen, daß dazu nur die zentralen Organisationen zuständig sind. Die Unternehmerverbände dürften sich keinesfalls darauf einlassen, oder selbst anregen, über die Erhöhung der Teuerungszulagen vor den Kriegsamtsstellen zu verhandeln. Weiter wird in dem Schreiben darauf hingewiesen, daß die Arbeiter, die fern vom Wohnort ihrer Familie arbeiten und deshalb einen doppelten Haushalt führen, auf Grund des Erlasses des Reichskanzlers vom 9. Januar 1917 einen Rechtsanspruch auf Zahlung eines Zuschlages von 2 Mk. täglich nicht haben. Endlich wird darauf hingewiesen, daß einige Zweigvereine des Bauarbeiter-Verbandes versucht hätten, der Vereinbarung vom Mai 1916 insofern eine falsche Auslegung zu geben, als sie die in Prozenten des Lohnes festgesetzten Zuschläge für Ueberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit von Lohn- und Teuerungszulagen berechnet haben wollen. Das sei nicht berechtigt, da die Tarifverträge und Tariflohne unverändert verlang. t worden sind und die Teuerungszulage als besondere Abfindung vereinbart worden ist.

Die Bauunternehmerorganisation pocht also auf die Vereinbarungen von 1916. Der praktische Wert dieser Vereinbarungen ist aber längst überholt, denn mit jenen Vereinbarungen sollten die Arbeiter eine Zulage erhalten, die durch die Steigerung der Lebensmittelpreise bis zum Mai 1916 notwendig wurde. Inzwischen sind die Lebensmittelpreise stark weiter gestiegen. Die Bauunternehmerorganisation denkt aber gar nicht daran, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen; sie fordert ihre Mitglieder auf, ja keine Teuerungszulage zu gewähren. Sogar den geringen Zuschlag von 2 Mk. für die Arbeiter, die auswärts arbeiten und deshalb doppelten Wohnsitz führen müssen, sucht die Unternehmerorganisation anzugreifen. Dieser vollständige Mangel an Entgegenkommen zeigt den Arbeitern, daß sie sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen dürfen. Darum, Bauarbeiter, organisiert euch und sorgt dafür, daß die Organisation eure Interessen energisch vertritt.

Allerlei.

Russische Hamster-Minister.

Bei den früheren russischen Ministern haben die Behörden Haussuchungen vorgenommen, wobei auch große Mengen von Lebensmitteln vorgefunden wurden. In der Wohnung des früheren Innenministers Protopopow wurden, der Vossische Ztg. zufolge, ganze Fässer voll Kaviar, 50 Sack Zucker, mehrere Kisten Schokolade, Räucherwaren und mehrere hundert Paar Stiefel entdeckt, beim früheren Ministerpräsidenten Fürsten Golitzyn über 1000 Flaschen Sekt, große Mengen Weizenmehl, Zucker und Schokolade, während der bisherige Kriegsminister Beljajew 200 Paar Gummischuhe, sehr viel Schokolade und Wein und ausländische Liköre aufgestapelt hatte. Alle diese Waren wurden beschlagnahmt.

Schwere Explosionen in amerikanischen Munitionsfabriken.

Nach Meldungen der Times wurden die Vereinigten Staaten vorige Woche durch eine Reihe Explosionen und Brände in Munitionsfabriken heimgesucht, von denen die Explosion in Eddystone, das 15 Kilometer von Philadelphia entfernt liegt, die schrecklichste war. In der Fabrik arbeiteten 5000 bis 6000 Personen. Die neuen Hauptgebäude der Fabrik wurden vollständig in Asche gelegt. 98 Leichen, zumeist Mädchen und Frauen, wurden nach dem Leichenhause gebracht. Ungefähr zu derselben Stunde, als das Unglück in Eddystone stattfand, brach ein großer Brand in Massachusetts aus. Der durch angerichtete Schaden ist noch unbekannt. In Minneapolis sind zwei Getreideelevatoren vernichtet worden. 50 000 Bushel Getreide, die in Eisenbahnwagen verladen waren und die sich in der Nähe der Elevatoren befanden, sind mitverbrannt.

Große Ueberschwemmungen werden aus dem Kreise Sonnenberg in der Neumark gemeldet. In Sonnenberg ist ein ganzer Stadteil vom Verkehr abgeschnitten und im Dorfe Priebrow sind mehrere Häuser bedroht. Viele Ländereien stehen unter Wasser.

Ein humorvoller Falschmünzer. Seit einiger Zeit befinden sich falsche 2-Mark-Scheine im Umlauf, die sich durch die Farbe des Drucks und Abweichungen in der Zeichnung des Reichsadlers bemerkbar machen. Eine andere Art von Fälschungen wurde in Köln a. Rh. angehalten. Auf diesen hatte sich der Fälscher, wie der Allgemeine Anzeiger für Druckereien mit echt deutschem Empfinden entrüstet schreibt, sogar „eine dreiste Verhöhnung der „Obrigkeit" erlaubt, indem er der am Fuße der Vorderseite angebrachten Strafandrohung folgenden Wortlaut gab: „Wer Darlehnskassenscheine nachmacht oder verfälscht, oder nachgemachte, wie diesen, annimmt, ist ein Esel und wird mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft."

Der Erfinder des Esperantos, Dr. Ludwig Zamenhof, ist am Sonnabend in Warschau gestorben. Er war von Beruf Arzt.

Briefkasten der Redaktion.

Aus dem Schützengraben. Unter Nationalvermögen versteht man das Vermögen der ganzen Nation, d. h. aller seiner Angehörigen. Man kann deshalb dieses Vermögen auch nur schätzen, aber nicht genau berechnen. — Unter den Reichstagsabgeordneten befinden sich allerdings eine Anzahl, die bei Ausbruch des Krieges unter 45 Jahren alt waren. Sofern sie zum Heeresdienst eingezogen sind, werden sie zu den Verhandlungen des Reichstages immer beurlaubt.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Dienstag, den 17. April: Wolkig, kühl, vereinzelte Regenschauer.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.

Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Verantwortlich für: Politik, Wirtschaftspolitik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Das Volksblatt

ist das beste Bindeglied der zum Heeresdienst im Felde eingezogenen Leser mit ihrer alten, ersehnten Heimat. Es ist auch bei der gegenwärtigen Lebensmittelknappheit für die meisten

die einzig mögliche Liebesgabe.

Der Versand erfolgt am schnellsten und regelmäßigsten durch den Verlag gegen Zahlung von monatlich 80 Pf.

Auswärtige Besteller wollen die Zahlung der Portoersparnis halber an unsere Austräger oder mittels Zahlkarte auf das Postscheckkonto 161[illegible] beim Postscheckamt Leipzig leisten. — Adresse auf dem Zahlkartenabschnitt genügt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170416-14/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.
8 Uhr. 194

Blatzheim!
Noch 3 Aufführungen!

Herzlich willkommen!

Kassenstück in Leipzig, Dresden, München.
Tageskasse von 10 bis 1½ und 4 bis 6 Uhr.

3 Könige Varietee, Kl. Klausstr. 7.
Heute, vollständig neues Programm. Neue Künstler.
Walden, das urkomische Burlesken-Ensemble
und andere erstklassige Künstler. 190

Johannes Thurm
Dienstag, vormittag,
von 1501 bis 2000. 191

Böhlerts Rossschlächterei
Dienstag von 2001 bis 2400,
Mittwoch von 2401 bis 2800,
Donnerstag von 2801 bis 3200.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch 500 g.

Die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch, die in der Woche vom 16. bis 22. April 1917 bei den Fleischern auf Grund der Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird auf

250 Gramm

festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken können die gesamten Abschnitte zum Bezuge Schlachtviehfleisch bei den Fleischern oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speiseanstalten usw. verwendet werden. Auf jede der 10 bezw. 5 Fleischmarken dürfen 25 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen oder 20 Gramm ohne Knochen entnommen werden.

Die Menge der Fleischwaren, die auf Grund der städtischen Zusatzfleischkarten bei den Fleischern entnommen werden darf, beträgt ebenfalls

250 Gramm.

Jeder Abschnitt der Zusatzfleischkarte berechtigt zum Bezuge von 125 g Fleischwaren.

Halle, den 16. April 1917. **Der Magistrat.**

Städtischer Herings-Verkauf.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Heringe wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird am Dienstag, den 17. April 1917, in der Talamtschule fortgesetzt. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 45 001 bis 57 000. Die Abgabe erfolgt von 8—12 Uhr vormittags an die Inhaber der Nummern 45 001—50 000 und von 2—6 Uhr nachmittags an die Inhaber der Nummern 50 001—57 000. Für jede Person eines Haushalts können zwei etwas größere Heringe zum Preise von 25 Pf für zwei Stück abgegeben werden. Man wolle abgezähltes Geld bereit halten. Papier zum Einwickeln ist mitzubringen.

Halle, den 16. April 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesrats-Verordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen **Seefische** wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird am **Dienstag, den 17.** und **Mittwoch, den 18. April 1917** fortgesetzt und findet in nachstehenden Geschäften statt: Dampffischerei „Nordsee", Gr. Ulrichstraße 58, G. Gärtner, Merseburgerstr. 161, Th. Falkes Fischhandlung, Leipzigerstr. 35, H. Rick Nachf., Gr. Ulrichstr. 39, K. Pfeiffer, Geiststr. 83, A. Schnabel, Reilstr. 126, E. Schnabel, Steinweg 43, P. Schnabel, Leipzigerstraße 53, K. Ihde, Moritzzwinger 3, Pfeiffer & Haase, Wuchererstraße, Ecke Lessingstr., H. Nolte, Merseburgerstr. 162, H. Bönicke, Brunnenstr. 63, Fr. Krahmer, Fischerplan 3, C. Stiewe, Rannischestr. 1, M. Wolff, Steinweg 19, Martha Ziegler, Dessauerstraße 2.

Für jede Person eines Haushaltes kann ca. ½ Pfund Seefische abgegeben werden.

Zugelassen zum Einkauf werden am Dienstag, den 17. April vormittags diejenigen Inhaber des Warenbezugscheines II, welche sich noch in Besitz des Abschnittes 10 befinden, am Dienstag nachmittag diejenigen Inhaber der Lebensmittelscheine 1—10 000 und am Mittwoch, den 18. April 1917 diejenigen Inhaber der Lebensmittelscheine 10 001—40 000, welche sich noch in Besitz des Abschnittes 21 des Warenbezugs-Scheines III befinden. Personen, an deren Scheinen sich die betr. Abschnitte nicht mehr befinden, dürfen keine Seefische erhalten. Die Verkäufer haben gemäß der Verordnung des Magistrats vom 28. Juni 1916 den Buchstaben „F" (Fische), das entnommene Gewicht und das Datum mit Tinte oder angefeuchtetem Tintenstift einzutragen und die betr. Abschnitte der Warenbezugsscheine II und III abzutrennen.

Die Verkaufspreise sind für Petermann auf 1 M., für Knurrhahn auf 0.80 M., für Kattfisch auf 0.85 M., für Seehasen auf 1.05 M., für Seelachs I ohne Kopf auf 1.85 M., für Seelachs II, klein, mit Kopf auf 0.95 M., für Weißlinge auf 0.95 M., für Scharben I auf 0.95 M., für Scharben II auf 0.80 M., für Schellfisch I auf 1.70 M., für Schellfisch II auf 1.43 M., auf Schellfisch III auf 1.07 M., für Kabeljau 2—3 ohne Kopf auf 1.85 M., für Schollen 1—3 auf 1.70 M., für Schollen, klein, 1.00 M., für Tarbutt I auf 2.00 M., für Tarbutt II auf 1.70 M., für Tarbutt III auf 1.00 M., für Steinbutt I auf 2.50 M., Steinbutt II auf 2.00 M., für Seezunge I auf 3.00 M., für Rotzunge (fett) 1.60 M., für Butt I auf 0.96 M., für Kabeljau I ohne Kopf auf 2.00 M. und für Kabeljau II ohne Kopf auf 2.00 M. für das Pfund festgesetzt.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Städt. Ernährungsamt, Schmeerstraße 1 (Turnaufgang), 2. Obergeschoß binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft, auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 16. April 1917. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung und des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und des Gesetzes vom 11. 12. 1915 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes verordnet:

§ 1.

Als Schrotmühle im Sinne dieser Verordnung gilt jede nicht gewerblich betriebene Mühle und jede Vorrichtung, die zur Herstellung von Schrot oder Brotmehl geeignet ist, mag sie für Hand- oder Kraftbetrieb eingerichtet, beweglich oder fest eingebaut sein.

§ 2.

Die Benutzung von Schrotmühlen zur Zerkleinerung von Getreide zu Speise- oder Futterzwecken ist untersagt.

In dringenden Fällen können die Ortspolizeibehörden für bestimmte Mengen von Brot- oder Futtergetreide, soweit den Besitzern das Recht der freien Verfügung über die Früchte zusteht, die Verarbeitung mittels Schrotmühlen gestatten. Die Erlaubnis darf nur schriftlich erteilt werden und muß den Namen des Besitzers, Menge und Art des zu verarbeitenden Getreides sowie die Frist, für die die Erlaubnis gilt, enthalten. Die Erlaubnis kann an die Bedingung geknüpft werden, daß während der Zeit der Benutzung der Betrieb polizeilich beaufsichtigt wird. Die Erlaubnisscheine sind nach Ablauf der Frist der Ortspolizeibehörde zurückzugeben und von dieser aufzubewahren.

§ 3.

Jede entgeltliche oder unentgeltliche, dauernde oder vorübergehende Ueberlassung von Schrotmühlen an andere ist untersagt, soweit nicht für vorübergehende Benutzung Genehmigung nach § 2, Abs. 2 erteilt ist.

§ 4.

Verträge über die Lieferung von Schrotmühlen, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung noch nicht durch Lieferung ausgeführt sind, dürfen seitens des Veräußerers nicht mehr erfüllt werden.

§ 5.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Bei Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden. *96

Magdeburg, den 7. April 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Die
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei
e. G. m. b. H. :: Halle, Harz 42/44
hält sich zur
Ausführung von Druckaufträgen jeder Art
für
Gewerbe, Handel, Industrie und Privatbedarf,
insbesondere den
Konsumvereinen, Krankenkassen, Gewerkschaften u. a. Vereinen etc.
bestens empfohlen.
Sauberste Herstellung, auch in Kunst- und Mehrfarbendruck.
Vorteilhafte maschinelle Einrichtungen und Stereotypie
ermöglichen die schnellste Anfertigung grösserer Auflagen.
F

Madeira, alt und hochfein,
Rotweine,
Weissweine,
Wermuth,
Fruchtweine,
Rum,
Kognak,
Alten Hallenser Feinbranntwein,
Bittere,
Kirschwasser
offerieren *97
C. A. Krammisch G. m. b. H.,
Halle a. d. S., Bauhof 1
und Neue Promenade 16.
Kontor und Lager:
Eingang Brauhausstraße.

Volks- und Mittelschul-Bücher
liefert
Max Morgner,
Bayerstraße, Halle, Trittbr. 20.
188 Fernsprecher 5656.

Max Zaubitzer Rossschlächterei-Spezialhaus.
— Steinweg 52 —
empfiehlt 192
Speisen zu jeder Tageszeit,
auch außer dem Hause.

23 **Gas-Kocher, Lampen**
kauft man am besten bei
Kurt Litzenberg, Gr. Steinstraße 11.

Handarbeiten,
vorgezeichnet u. fertig gestickt,
preiswert 195
im Kaufhaus
H. Elkan, Leipzigerstrasse 87.

Der Lehrmeister i. Garten u. Kleintierhof
für Garten- und Kleintier-Besitzer unentbehrlich, erscheint wöchentlich, bringt Abhandlungen über Gemüsebau, Obstbau und Kleintierzucht.
Pro Quartal 1.62 Mk.
Zum Abonnement des 2. Quartals: April, Mai, Juni, ladet ergebenst ein
Volk-Buchhandlung
Halle, Harz 42-44.

Apollo-Theater.
Gastspiel d. Gr. Oberbayr. Bauern-Theaters.
Täglich, punkt 8 Uhr:
„Brautschau"
Volksstück in 1 Akt
von Dr. Ludwig Thoma.
Vorher:
„Der Dorfpfarrer".
Volksstück mit Gesang und Tanz in 3 Akten
189 von M. Schmidt.

Stadt-Theater Halle
Direktion: Leopold Sachse.
Dienstag den 17. April 1917,
Ariadne auf Naxos.
Oper in einem Aufzuge nebst einem Vorspiel von H. v. Hofmannsthal.
Neue Bearbeitung. 186
Musik von Richard Strauß.
Mittwoch den 18. April 1917:
Die Troerinnen.
(Gastspiel Anna Feldhammer.)

F **Bio**
Gr. Ulrichstr. 57.
Die silberne Kugel
ein riesiges Detektiv-Abenteuer des
Engelbert Fox
in 5 Akten.
In der Rolle des Detektivs:
Erich Kaiser Titz.

Moden-Zeitungen
in großer Auswahl.
Volksbuchhandlung
Halle (Saale), Harz 42/44.

Arbeitsmarkt

Fleißige Aufwartung f. Vormittag sofort gesucht *98
Mozartstrasse 20, III.

Älteren, zuverlässigen
Geschirrführer
stellt ein *94
Spediteur Kaufmann,
Magdeburgerstraße 57.

Was muß ich jetzt v. Militär wissen?
Eine praktische Ergänzung zu den Kriegs-Berichten.
Was ist eine Division?, eine Brigade?, eine Batterie? und viele militärische Fragen beantwortet in alphabetischer Reihenfolge diese Broschüre.
Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle (Saale), Harz 42/44.

Wir suchen: **Frauen und Mädchen für landwirtschaftliche und gärtnerische Arbeiten**
in und außerhalb Halles. — (Lohn in Geld und Naturalien).
Frauen u. Mädchen f. Farbenfabrikation.
Städtisches Arbeitsamt Halle
Weibliche Abteilung, Leipzigerstraße 16, I. *99

Zimmerleute, Zementfacharbeiter, Bauarbeiter
für unsere Kriegsbaustellen Osternienburg bei Köthen und Grube Leopold bei Bitterfeld
sofort gesucht.
Zureise wird bezahlt. Küche vorhanden.
Wayss & Freytag, A.-G., Halle,
193 Beton- und Eisenbetonbau,
Rudolf Haymstraße 24, I.

Bau- u. Maschinenschlosser
stellt ein 142
Maschinenfabrik Vondran, Königstr. 58.

Fleischzulagen und Selbstversorger.

Nach den Anordnungen der Zentralstellen sind die vom 16. April 1917 an gewährten Fleischzulagen lediglich für die fleischversorgungsberechtigte Bevölkerung bestimmt; alle diejenigen also, welche durch Hausschlachtung oder durch das aus Hausschlachtung Dritter abgegebene Fleisch versorgt sind, haben **keinen Anspruch** auf die erhöhte Fleischmenge von 250 bzw. 125 Gramm wöchentlich. Da die Erhöhung lediglich eine Notstandsmaßnahme für die versorgungsberechtigte Bevölkerung darstellt, tritt eine höhere Bemessung der den Selbstversorgern anzurechnenden Wochenmenge nicht ein. Eine Verkürzung der Verbrauchsdauer der aus Hausschlachtungen gewonnenen Fleischmenge darf nicht erfolgen. Anträge auf anderweite Berechnung der aus Hausschlachtung gewonnenen Fleischmengen können nicht berücksichtigt werden; derartige Anträge sind zwecklos. — Ebensowenig darf während der Zeit der Belieferung der versorgungsberechtigten Bevölkerung mit der erhöhten Fleischmenge Anträgen derjenigen Selbstversorger, die gemäß § 10 der Verordnung vom 21. August 1916 (RGBl. S. 941) gegen entsprechende Verlängerung der Anrechnungszeit einzelne Fleischkarten behalten haben, auf Zuweisung von mehr Fleischkarten als bisher gegen eine weitere Verlängerung der Anrechnungszeit nicht stattgegeben werden. Auch solche Anträge müssen unberücksichtigt bleiben.

Halle, den 16. April 1917. **Der Magistrat.**

Etwa 400 Zentner als Sack- und Streumaterial verwendbares Stroh und Holzwolle zu verkaufen.
Kriegsmagazin des Magistrats, Halle, Rathausstraße 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170416-14/fragment/page=0004

Halle, 16. April.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 88 — 1917

91

Der Rubel.

(Nachdr. verb.)

Ein russischer Roman von Fürst Dimitry Galitzin.

Als Kraschin allein geblieben, schlug er das Manuskript sorgfältig in eine Zeitung und band es mit Bindfaden fest. Dann sah er, daß ihm bis zum Tee noch ein paar Minuten übrig blieben, in denen er nichts tun konnte. Sogleich kamen ihm traurige Gedanken. Seine Arbeitsfreudigkeit verschwand. Er legte die Brust auf den Tisch und den Kopf in die Hände.

„Gott! Was für ein Leben! was für ein Leben!" flüsterte er.

Das letzte Jahr war wie ein schweres Joch auf ihm gelegen. Er hatte mehr arbeiten müssen, als in seiner Kraft gewesen. Er sah auch keine Erleichterung voraus. Seine; die Lage konnte nicht besser werden, nur immer schlechter, denn er arbeitete über seine Kräfte! Wieviel Aufregungen, wieviel Sorgen hatte der Herbst gebracht! Die Geburt des Kindes, nachdem achtzehn Jahre nach Elena kein Kind gekommen, die Angst um seine Frau und dazu das Bewußtsein, daß er vom frühen Morgen an bis zum späten Abend arbeiten müsse, da das Kind neue Ausgaben verlange . . . Und als der arme, schwache, kränkliche Vassia zur Welt kam, da sagte der Arzt: „Wenn Sie wollen, daß er stärker wird, ziehen Sie in eine andere Wohnung, nehmen Sie eine Amme, die Mutter ist zu nervös . . ." Ja, aber woher Geld nehmen! Gott, was für ein Leben! Niemals ein Ausruhen . . .

„Ausruhen," wiederholte Kraschin ganz laut.

Dieses Wort quälte ihn, wie einen Hungrigen der Anblick eines üppigen fremden Mahles quält. Wenn er nur einen Tag nicht arbeiten, nur einen Tag aussetzen könnte. Ein Glück wenigstens, daß Elena heiratete. So ward sie doch der schwülen Atmosphäre des ewigen Kampfes mit dem Groschen entzogen. Die Arme! Hat sie denn bisher gelebt? Wer hatte ihr das Leben gegeben? O Gott, Gott, gib ihr Glück, gib ihr Glück, ich und die Frau werden es schon ertragen . . . Und gib auch Vassia Gesundheit . . .

„Aber wäre es nicht besser, wenn er stürbe?" dachte Kraschin plötzlich, und diese Frage, auf die jeder Idiot kommen kann, erschien Kraschin neu und schrecklich. Nein, nein, man muß leben! Eine einzige Sekunde des Glückes genügt, um eine ganze Existenz voll Leid vergessen zu machen.

„Komm, Papa," rief Elena, auf der Schwelle erscheinend.

Im Speisezimmer, bei dem Lichte einer kleinen Petroleumlampe summte der Samovar. Für Kraschin war bereits eine Tasse Tee eingeschenkt.

Er ließ sich nieder und rieb sich die Hände.

„Es ist etwas kühl," bemerkte er, „Ihr solltet nicht mit dem Holze sparen. Ich fürchte immer, daß Vassia sich erkältet."

Er goß sich Milch in die Tasse, trank sie aus, faßt auf einen Zug, und brach dann ein Stück von einer Semmel ab.

„Du ißt entsetzlich wenig," meinte Elena besorgt, indem sie ihm eine zweite Tasse einsah.

„Ja, mein Appetit ist schlecht, aber desto besser — die Ausgaben sind geringer," lachte Kraschin und hustete.

„Jetzt hustest du wieder! sicherlich hast du dich in deinem Zimmer erkältet. Es ist das feuchteste in der ganzen Wohnung und dein Bett steht ganz an der Mauer."

„Ich bitte dich, höre auf. Ich werde Potschenejchin bitten, mir die Belege eines seiner Häuser zu überlassen."

Und Kraschin schlug in plötzlicher Erregung mit dem Löffel an die Tasse.

Elena lächelte.

„Sei nicht böse, ich höre schon auf. Wohin gehst du heute?"

„Zuerst zum Verleger. Von dort in den Newsky Boten, wo ich unter anderem die Korrekturen des letzten statistischen Feuilletons besorgen muß, weil die Setzer die Zahlen verwechseln und ein Unium herauskommt, für den natürlich der Redakteur mich verantwortlich macht. Dann gehe ich ins Amt. Dort bleibe ich nur etwa zwei Stunden, da ich das meiste schon gestern abend vorbereitet habe. Von dort gehe ich zu Potschenejchin und arbeite dort zwei Stunden. Das Material ist außerordentlich interessant, diese Arbeit macht mir ein großes Vergnügen. Um vier oder fünf bin ich zu Hause. Wenn in meiner Abwesenheit ein Beamter vom Zentral-Departement kommt . . . weißt du, ein alter, kahlköpfiger Mann, so sage ihm, daß ich ihm morgen alles Nötige geben werde. Stelle dir vor, er hat einen Traktat über „die Ausfuhr des Papiergeldes" geschrieben und verlangt von mir, daß ich ihn literarisch feile. Ein gewaltiger Narr, aber Gott sei Dank, sind es nur zwei Bogen und er bezahlt mir dafür fünfundzwanzig Rubel. Aber ich verschwatze mich da, ich muß fort. Auf Wiedersehen!"

„Du gehst schon?" erklang eine schwache Frauenstimme hinter ihm.

Kraschin sah sich um. Es war seine Gattin, eine blasse, schwarzhaarige Frau von etwa siebenunddreißig Jahren. Einst mußte sie schön gewesen sein, jetzt rief ihr kränkliches Aussehen Mitleid hervor.

„Vassia hat die ganze Nacht geschrieen und schläft noch immer nicht," sagte sie, „es ist einfach eine Marter."

Sie setzte sich mit einem sorgenvollen Gesicht nieder. Alles ärgerte sie, vom Morgen bis zum späten Abend sagte ein unangenehmer Vorfall den andern und nachts konnte sie auch nicht ausruhen.

„Was soll ich machen!" lächelte Kraschin traurig, „du weißt, Marie, wenn es von mir abhinge, so hätten wir eine Amme, ein Kindermädchen, zwei Kindermädchen sogar, es geht jetzt nicht."

„Natürlich," antwortete Marie achselzuckend, „es ist dir eingefallen, dem Leben zu verzichten und holt fast dreihundert Rubel ausgezahlt! Natürlich . . ."

„Genug," fiel Kraschin ein, „ich weiß, was ich tue. Rege dich nicht auf, du wirst wieder nervös. Auf Wiedersehen, meine Liebe. Auf Wiedersehen, Lena."

Er küßte die Frau auf die Wange und schritt ins Vorzimmer, Elena folgte ihm.

Marie zog zornig die Tasse an sich, welche die Tochter ihr eingeschenkt hatte. „Wenn man sich nur an dieses Leben gewöhnen könnte!" dachte sie, „wenn man nur so verdummen könnte, wie sie andern."

In ihrem Herzen erhob sich ein ohnmachtiger Zorn gegen ihren Mann, verstärkte sich das chronische feindselige Gefühl, dem sie freien Lauf ließ, wenn keine fremden Menschen da waren. Seit der letzten Zeit regte sich immer öfter ein wahrer Haß in ihr gegen den, der wegen seiner Dummheit an allem schuld war.

Vor zwanzig Jahren, als sie ihn geheiratet hatte, hatten sie ein Vermögen besessen, denn er hatte das von seinem Vater ererbte Gut für hunderttzwanzigtausend Rubel verkauft. Sie hätten ruhig von den Zinsen leben können. Sie war ja eine verständige Frau, verlangte nie teure Kleider, nie eine Loge oder Equipage. Und alles, alles hatten die Kameraden, Freunde, Bekannten ihres Mannes mit sich fortgenommen. Er hatte allen geborgt. Sie brauchten nur zu ihm zu kommen und zu sagen: „wir brauchen Geld" . . . und er fragte mit alberner Freude: „wieviel?" und gab, was sie verlangten.

Wenn der Narr wenigstens Wechsel genommen hätte! Nein, er hatte sie sogar zurückgewiesen, hatte den Großmütigen gespielt und wenn sie ihn Vorwürfe gemacht, geantwortet:

„Man darf seine Nebenmenschen nicht für Schurken halten."

Ob man das darf oder nicht, sie erwiesen sich als Schurken, alle zusammen. Wo waren sie, diese Freunde? Verschwunden. Der letzte von ihnen hatte sich mit dem letzten Tausender davongemacht. Keiner hatte auch nur einen Kopeken zurückgegeben, obwohl viele von ihnen vielleicht jetzt vermögend waren.

Im Nebenzimmer ertönte das jämmerliche Weinen des Kindes.

Marie ging murrungelnd zu ihm hinein. „Der quält mich auch!" dachte sie, das Kind fast unbewußt in die Arme nehmend und sein Gesichtchen mit Küssen bedeckend.

„Schlafe, mein Herz, schlafe, mein Kleiner," flüsterte sie, wider Willen sich dem mütterlichen Gefühle hingebend, „schlafe du armes Kind. Wenn du groß bist, wirst du so wider Schlaf noch Ruhe finden."

Vassia, ein fünf Monate altes furchtbar mageres Kind mit ungeheuer blauen Augen schwieg und blickte leidnahmsvoll auf die Mutter.

Im Vorzimmer sagte Elena zu ihrem Vater: „Die Mama ist heute wieder schlecht gelaunt, aber um Gotteswillen ärgere dich nicht über sie, du weißt, wie kränklich sie ist . . ."

„Aergern! Was fällt dir ein! Im Gegenteil, sie tut mir leid. Was für ein Leben hat sie! Aber wir zwei, mein Herz, du und ich, werden nicht den Kopf hängen lassen!"

Nachdem er die Tochter geküßt, verließ Kraschin mit lustigem Gelächter die Wohnung, aber schon auf den ersten Stufen der engen Treppe ward es still. Es tat ihm weh, daß der Friede in der Familie gestört war; mit Bitterkeit ward er sich bewußt, daß er in seiner Frau keine moralische Stütze finden konnte. Vor der Tochter mußte er sich fröhlich stellen, alles verheimlichen, sonst sagte sie:

„Papa, du überarbeitest dich, ruhe aus —"

War denn an ein Ausruhen zu denken, wenn von jeder Minute seiner Arbeit das Wohlbehagen der Familie abhing!

Auf der Straße war Kraschin etwas frischer, aus Gewohnheit seinen Gemütszustand vor anderen Leuten, selbst Unbekannten, zu verbergen. Er wollte, daß alle Vorübergehenden von ihm dachten: Der ist ein zufriedener Mensch. Außerdem wirkte die frische, schneeige Reine des Morgenfrostes sehr günstig auf ihn.

Er schritt nun dem Newsky-Prospekt zu, aufmerksam die Wagen, Vorübergehenden, selbst die Häuser betrachtend. Auf dem Prospekte blieb er einige Male stehen und bewunderte die Fensteranslagen der großen Magazine mit solcher Aufmerksamkeit, als hätte er sie zum ersten Male gesehen. Sein frohes Lächeln verschwand auch nicht, als er in das Geschäft seines Verlegers trat, obwohl sein Herz heftig schlug, wie immer vor der entscheidenden Minute, wenn er Geld empfangen sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Ledervorräte der Welt erschöpft.

Schuhwaren gibt es bekanntlich nur noch gegen Bezugsschein zum Doppelten oder Dreifachen des Friedenspreises, und selbst ein Paar Stiefelsohlen sind eine ganz ansehnliche Kapitalanlage geworden. Leider wird das auch mit Friedensschluß nicht oder bestenfalls nur sehr langsam besser werden. Wie ein Fachmann in der Frankfurter Zeitung auseinandersetzt, sind die Ledervorräte der Welt erschöpft. Er weiß uns darüber folgende interessante Einzelheiten zu berichten:

Ein amerikanischer Lederhändler hat festgestellt, daß das Gewicht seines Chevreauleders genau den Wert seines Gewichts in Silberwährung darstellt; 75 Cent für den Quadratfuß. Die Banken sollten demgemäß anstatt Silber, Gold und Edelsteine auch Leder in ihre Tresors und Gewölbe zur Aufbewahrung nehmen. Dieser wichtige Bedarfsartikel, ohne den wir keinen Schutz gegen die Unbilden der Witterung finden, — es sei denn, wir bequemten uns nach dem Beispiel der Mongolen und mittelasiatischen Völker zum Gebrauch von Filzstiefeln —, ist auf ein Jahrzehnt hinaus infolge des Krieges einer unvermeidlichen Teuerung ausgeliefert. In keinem Lande sind mehr Vorräte vorhanden, weder an lagernden Leder noch an Häutemengen; der Krieg hat in allen Ländern damit aufgeräumt. In letzten Friedensjahr 1913 haben wir allein für 880 Millionen Mark Rinderhäute nach Deutschland eingeführt, und nach dem Kriege werden unsere Lederfabriken vollständig außerstande sein, derartige Mengen wieder herauszuwringen. Unsere Kriegswirtschafts-Gesellschaften sind dazu eingerichtet worden, in erster Linie den Heeresbedarf sicherzustellen und danach eine vorsichtige und weise Verteilung der übrigbleibenden Mengen an den bürgerlichen Verbrauch zu gewährleisten. Eine letzte Sequnna dieser Organisation ist uns im Bezugschein für Schuhwaren zuteil geworden.

Die neutralen Länder, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen haben gleich zu Anfang des Krieges Ausfuhrverbote auf Großviehhäute erlassen, die in letzter Zeit auch auf leichte Kalbfelle und Roßhäute ausgedehnt wurden. Protestversammlungen wurden und werden noch bei den Neutralen gegen die Schuh- und Ledersperrung abgehalten, nachdem die veröffentlichten Bilanzen und Riesendividenden in diesen Industrien den Opponenten in der Presse und auf der Straße Wasser auf die Mühle getrieben hatten. Nun aber ist es zu spät, um eine Feuerung vorzubauen; sie wird sich im Gegenteil, selbst bei Einführung von Höchstpreisen, wie dies tatsächlich in Dänemark von Februar ab erfolgen soll, andauernd verschärfen.

England hat am intensivsten Leder und Schuhe fabriziert; seine Schuhfabriken in Northampton, Leicester und Kettering sind alle auf die Erzeugung von Kriegsstiefeln umgemodelt worden. Von August 1914 bis zum 31. Dezember 1916 sollen aus diesen Fabriken an die Front abgeliefert worden sein:

21 Millionen Paar hohe britische Feldstiefel,
3 Millionen Paar hohe französische Feldstiefel,
4 Millionen Paar hohe russische Feldstiefel,
4 Millionen Paar russische Wellingtonstiefel,
100 000 Paar italienische Bergstiefel,
600 000 Paar serbische Schnürstiefel,
6 Millionen Paar verschiedene britische Militärstiefel.

In den 1½ Jahren sind also über 40 Millionen Paar Stiefel für Kriegszwecke von den genannten Fabriken abgeliefert worden. Bei Manchester: Parkroad Station ist ein gewaltiges Stiefellager der Heeresverwaltung, das zu jeder Zeit innerhalb 24 Stunden 100 000 Paar Stiefel an die Front absenden kann. Der ungeheure Verbrauch an Stiefeln und Ledersachen durch die 25 bis 300 Millionen Soldaten, die unter den Waffen stehen, läßt die Heereslieferanten aller Länder nicht mehr zur Ruhe kommen, und auch in England fragt man sich, wo man die rohen Häute auftreiben könne. Am La Plate hat die englische Regierung bereits 100 000 Liebig-Häute, die französische Regierung das ganze Häutegefälle der Gefrierhäuser bis Ende April aufgekauft. In Indien beschlagnahmte England das gesamte Kipsgefälle, das heißt die sieben Millionen Kinderhäute, die dort jährlich aus der Viehherde von 11 Millionen Zebus, der größten Rinderherde der Welt, fallen. Außerdem zieht es alles an sich, was aus Süd-, West-, Ost- und Zentralafrika, aus Australien und China an Häuten und Fellen herauszubringen ist.

Hierbei empfinden es die Ententestaaten bitter, daß ihnen die Nordamerikaner mit ihrer unaufschwächten Valuta und Kaufkraft sogar auf den Londoner Auktionen starke Konkurrenz machen. Man hat bereits in London in Erwägung gezogen, diese Versteigerungen ganz ausfallen zu lassen. Die Wertsteigerungen für Häute und Leder nahmen 1916 einen unerahnten und plötzlichen Umfang an, der zum Beispiel für holländische Schlachthäute von 35 Cent auf 52 Cent im Juni und 75 Cent im November stieg, auf das Pfund rohe Haut gerechnet, während Fernleder von 1,20 Gulden auf 3,50 Gulden für das Pfund hinaufstieg. Die neutralen Länder wurden in ihrer überseeischen Zufuhr an Häuten und Gerbstoffen stark behindert durch England, das diese Ladungen einfach wegnahm und für sich verbrauchte. Trotz des Niederländischen Ueberseevertrags, der auf eine weitverzweigte Handelsspionage gestützt, den holländischen Gerbern und Importeuren Einfuhrerleichterungen gewährt, haben Gerber, die im Februar 1916 tausende Fass Gerberstoffe bestellten und nun in Liverpool und Rotterdam liegen haben, die zur Stunde noch kein einziges Fass hereinbekommen können, weil der Trust hartnäckig die Freigabe verweigert.

Wenn die Mittelmächte, so führt der Fachmann in der Frankfurter Zeitung zum Schlusse aus, wieder als Käufer auf dem Weltmarkt auftreten, werden die Häutepreise noch mehr anziehen, und es wird wenigstens fünf bis acht Jahre dauern, bevor ein geistesgarte Viehzucht wieder eine reichlichere Fleisch- und Häuteversorgung ermöglichen kann. Nordamerika verzeichnet sogar trotz der Bemühungen zur Hebung seiner Viehzucht einen Rückgang seines Rindviehbestandes um 10 Millionen Stück in den letzten acht Jahren. Es hat aber den Rahm geörig abgeschöpft durch seine unerhörten Lieferungen von Leder und Schuhen an England und besonders Rußland. Der letztgenannte Staat hat seinen Viehbestand im Laufe des Kriegs dahinschwinden sehen und infolgedessen absoluten Mangel an Leder und Häuten, trotzdem Amerika, Japan und England liefern, was nur beizubringen ist.

Kleines Feuilleton.

Kälte und Wachstum.

Die Sonne ist die Mutter alles Lebens, und deshalb muß in dem durch die Sonnenkräfte regierten Klima jede Form und Betätigung der Lebewesen in erster Linie abhängig sein, weit mehr noch als vom Boden. Schon vor mehr als einem halben Jahrhundert hatte der deutsche Zoologe Bergmann die Behauptung aufgestellt, daß ein kaltes Klima darauf hinwirke, einen Riesenwuchs bei den Tieren hervorzurufen. Theoretisch gründet sich dieser Satz auf die physikalische Tatsache, daß ein Körper um so weniger Wärme abgibt, je geringer seine Oberfläche im Verhältnis zum Körperinhalt ist. Deshalb werden Tiere von größerem Wuchs besser befähigt sein, ihre Körperwärme gegen den Einfluß einer niedrigen Außentemperatur zu bewahren. Ganz allgemein kann die Annahme wohl nicht richtig sein, denn die heißen Erdgürtel weisen eine Anzahl der größten Tiere auf, wie die Elefanten, Giraffen usw. Im einzelnen sprechen aber viele Tatsachen für die Gültigkeit dieses Satzes. Dr. Lippschütz hat die ganze Frage in der Wochenschrift Umschau (Frankfurt am Main) einer neuen Erörterung unterworfen und dabei besonders neue Untersuchungen Hans v. Böttichers herangezogen. Daraus ergibt sich eine Reihe beachtenswerter Beispiele. Unter den über die ganze Erde verbreiteten Raben finden sich die größten in nordischen Gebieten, eine wahre Riesenform in dem zur Wintersezeit überaus kalten Tibet. Die Unterschiede zeigen sich auch zuweilen in unmittelbarer Nachbarschaft. Der gewöhnliche Kolkrabe ist in der Schweiz und in den österreichischen Alpen auffallend groß im Verhältnis zu seinen ungarischen Brüdern, und der Leviathan unter den Raben haust im äußersten Norden von Amerika. Das Berliner Museum für Naturkunde besitzt daher ein Exemplar, das fast zehn Zentimeter länger ist als unsere Raben. Aber auch unter den Säugetieren bieten sich Beweise dar. Der Ameisenigel von Neu-Guinea ist erheblich kleiner als der von Tasmanien, und auch das Kängurub nimmt an Größe von Norden nach Süden ab. Der Elch in Schweden und Norwegen ist wiederum auffallend größer als der in Spanien. Dieselbe Erscheinung läßt sich ferner beobachten beim Steinbock, bei dem die Höhe der Gehörnsheimat entscheidet, ebenso bei Gemsen und Reben, aber auch bei Raubtieren, wie dem Jaguar. Auch beim Menschen ist im Durchschnitt der Bewohner nördlicher Länder von größerem Wuchs als der Vertreter eines Tropenvolkes.

Die Lebenskraft neugebildeter Wörter.

In seinem Deutschen Volkstum wünscht Turnvater Jahn eine Leidensgeschichte der neugebildeten deutschen Wörter, „die man erst als Ketzer in Acht und Bann tat, ihnen für anrüchig hielt, allmählich in gute Gesellschaft zog, wo sie jetzt tonangebend walten". So sind Preußentum, Deutschtum uns ganz geläufige, geradezu vornehme Wörter. Und doch konnte vor ziemlich hundert Jahren ein Sprachgelehrter, dem die Verdeutschung Menschentum für Humanität nicht gefiel, ihrer mit folgenden Worten spotten: „Warum nicht auch Anhalt-Köthentum und ähnliche tumbheiten, die man ebenso füglich mit einem D hätte schreiben können!" Aufs schärfste wandte sich Klopstock, der doch selbst unsere Muttersprache um viele Wörter bereichert hat, gegen das Wort Schriftsteller, das heute ein Ehrenname ist. Es ist ja leicht einzusehen, daß neue Wörter zunächst etwas Fremdartiges an sich haben; daß aber unsere Volksgenossen oft gute Ersatzwörter ablehnen, ist bezeichnend. „Herrn Campes Stellbichein für Rendezvous ist komisch," meinte man im 18. Jahrhundert, und als er für responsabel verantwortlich vorschlug, wurde er ausgelacht. Heute gilt responsabel für lächerliches Deutsch, verantwortlich aber ist ein geläufiges Wort geworden. Im 95. Bande der Preußischen Jahrbücher kann man nachlesen, wie ein Gelehrter absprechend über die Verdeutschung Mundbuch urteilt; vor kurzem stand in einer Kundgebung, mit der sich sächsische Wirte an ihre Gäste wandten, das Wort Mundbuch, als ob wir schon immer vom Mundbuch und nie von der Speisekarte gesprochen hätten. Der Leidensweg des Schriftleiters, der Schriftsteilung ist sicher vielen bekannt.

(Zeitschrift des Allgem. Deutschen Sprachvereins.)

Die Wärme im Erdinnern

wird von der kalten Temperatur an der Oberfläche nur in ganz verschwindend geringem Grade berührt. Der Frost selbst dringt nur etwa 1½ bis 2 Meter tief ein. In mehr als 25 Metern Tiefe ist überhaupt keine Einwirkung der Sonnenwärme mehr zu verzeichnen. Von da an nimmt die Erdwärme dann langsam, aber stetig zu; in etwa 3000 Metern Tiefe beginnt Wasser bereits zu kochen; in 8000 Metern Tiefe schmilzt Blei, in 50 Kilometern Tiefe Gold, in 250 Kilometern Tiefe Eisen, in 600 Kilometern Tiefe ist die Hitze schon so stark, daß Platin sofort verzehrt werden würde.

Selbstbehandlung der Schlaflosigkeit. Nach Dr. Schönenberger (Naturarzt Nr. 2, 1917) erweisen sich gegen Schlaflosigkeit kalte Waschungen der Beine, kaltmassertreten, kalte Wadenwickel vorteilhaft. Weniger bekannt ist das Barfußlaufen auf dem nassen Tuch. Man legt ein grobes, nassalztes Tuch auf den Fußboden und läuft mehrmals schlürfend darüber hin. Der mechanische und der Kältereiz bewirken durch Reflex eine rasche Zusammenziehung der Blutgefäße im Gehirn; dadurch wird eine örtliche Blutleere erzielt, die das Einschlafen begünstigt. — Wenn die Füße kalt sind, nimmt man zuvor ein heißes Fußbad.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170416-14/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 16. April 1917.

Ueberfluß an Zucker?

Wir wiesen vor einigen Tagen darauf hin, daß man die Brot- und Mehlbeschränkung auch mit durch eine erhöhte Zuckerzuteilung ausgleichen solle. Für die Art, wie dazu der nötige Zucker zusammengebracht werden könne, gaben wir eine Reihe praktischer Winke. Inzwischen stellt sich aber heraus, daß diese kleinen Mittelchen gar nicht angewendet werden brauchen, da wir nach Angabe der Zuckerraffinerien augenblicklich einen ganz erstaunlichen Zuckerüberfluß aufzuweisen haben. Im Handelsteil der Zeitungen ist nämlich zu unserer größten Ueberraschung folgendes zu lesen:

Wie der Magdeburger Ztg. aus den Kreisen der Raffinerien mitgeteilt wird, stößt die Zuteilung von Rohzucker an die diese Raffinerien im laufenden Monat auf große Schwierigkeiten. Vielfach verfügen die Betriebe über derart hohe Bestände an raffinierten Zucker, daß sie die neue Ware nur unvollkommen unterbringen können. Bei einzelnen Betrieben übersteigt der gegenwärtige Lagerbestand den des Vorjahres um 70 bis 100 Prozent. Infolgedessen soll in einer dringenden Eingabe das Kriegsernährungsamt ersucht werden, dem gegenwärtigen Lagerbestande der Raffinerien noch nachträglich im neuen Wirtschaftsjahr Rechnung zu tragen, zumal überdies auch der durch Ueberfüllung der Läger entstehende Zinsverlust der Raffinerien inzwischen einen großen Umfang angenommen hat.

Im Wirtschaftsplan dem großen Lagerbestande Rechnung tragen, daß heißt: dafür sorgen, daß im nächsten Jahre weniger Zuckerrüben angebaut werden. Wir meinen, es geht in anderer Weise viel besser. Treffen die Angaben der Raffinerien zu, dann bitte, verteile man schleunigst reichlichere Zuckermengen als bisher. Die Bevölkerung wartet schon lange darauf. Bei dem großen Fettmangel ist namentlich für die Kinder der reichlichere Zuckerzusatz zu den Speisen für die körperliche und geistige Entwicklung sehr notwendig.

Und wenn die Raffinerien die neue Rohzuckerzufuhr nicht mehr unterbringen können, so verteile man doch ruhig unraffinierten Zucker an die Bevölkerung. Rohzucker ist durchaus gesundheitlich vor dem raffinierten vorzuziehen! Unlängst schrieb darüber ein Arzt dem Vorwärts sehr treffend:

„Schon seit mehreren Jahren wurde von namhaften Aerzten darauf hingewiesen, daß der chemisch reine, raffinierte Zucker der Gesundheit nicht zuträglich ist. Ich erinnere nur an die Ausführungen des bekannten Zahnarztes Dr. Kuhnert (Breslau), der bewies, daß der dauernde Genuß von weißem Rübenzucker Entkalkung der Zähne und des ganzen Körpers hervorrufe, als deren Folge schlechte Zähne, Rachitis, Nervosität usw. zu nennen sind. Der weiße Zucker braucht zu seiner Assimilation im menschlichen Organismus Kalk, der er dem Körper entzieht, wodurch besonders Knochen und Zähne an Kalk verarmen. Es wurde daher vielfach vorgeschlagen, statt des weißen Zuckers, der außerdem noch mit dem giftigen Ultramarin bläulich gefärbt ist, den unraffinierten Kolonialzucker, der aus dem tropischen Zuckerrohr gewonnen, einzuführen. Er wurde auch tatsächlich in ziemlich großen Mengen in Deutschland eingeführt. Auch versuchte man, und zwar mit bestem Erfolg, den unraffinierten Rübenzucker, der noch die meisten der für die menschliche Ernährung so wichtigen Nährsalze enthält, zu verwenden. Ich selbst habe ihn jahrelang ausschließlich in meiner Familie gebraucht, auch für Säuglinge, und kann nur sagen, daß er dem weißen Zucker an Geschmack, Aroma und Bekömmlichkeit bei weitem überlegen ist. Der bekannte schwarze Kandis wird ja auch aus ihm hergestellt, ohne Raffination. Also keine unnötige Aengstlichkeit!"

Deshalb belästige man die überladenen Raffinerien doch nicht unnütz, sondern verteile den Zuckerüberfluß sofort und direkt an die schon lange sehnsüchtig darauf wartenden Verbraucher. Andernfalls sind die Behörden zum mindesten dem Publikum eine genügende Aufklärung über die hohen Zuckerbestände schuldig.

Auf dem Wege zur Einheitsschule.

Der Wiesbadener Lehrerverein beschäftigte sich in mehreren Monatsversammlungen mit der Einheitsschulfrage. Dabei einigte man sich auf nachstehende Sätze:

1. Der gemeinsame Unterbau für alle Schulen muß aus pädagogischen und gesundheitlichen Gründen die vier ersten Schuljahre umfassen. Forderkurse für solche Schüler, die schon früher zu höheren Schulen wollen, hält der Verein nicht für rätlich. Es wäre sonst der Beweis für die Notwendigkeit und die besondere Bedeutung der Vorschulen erbracht.

2. Die schwachbegabten Schüler unserer Volksschulen bedürfen einer besonderen pädagogischen Behandlung in der ausgebauten Hilfsschule. Diese „negative Auslese" ist notwendig mit Rücksicht auf die besser veranlagten und vorwärtsstrebenden Kinder und ist zugleich ein Segen für die Schwachen selbst.

3. Mit dem fünften Schuljahre sollen für die wirklich begabten und zugleich würdigen Schüler unentgeltliche, fakultative Sprachkurse erteilt werden.

4. Der Volksschule ist für die besonders geförderten Schüler ein neuntes Schuljahr aufzusetzen, dessen erfolgreicher Besuch angemessene Berechtigungen sichert.

Neue Bekanntmachungen.

Heringe werden am Dienstag in der Talamtschule auf Nummer 45 001 bis 57 000 verkauft; jede Person erhält zwei Stück.

Klippfisch ist wieder eingetroffen. Er wird in der Talamtschule zum Preise von 2.20 Mark das Pfund ohne Vorlegung des Lebensmittelscheines abgegeben.

Seefische werden Dienstag und Mittwoch in einer Anzahl Geschäfte für diejenigen verkauft, die noch im Besitz des Warenbezugsscheines 10 sind. Auf jede Person entfällt ½ Pfund.

Fleisch ist für diese Woche 250 Gramm auf die Reichsfleischkarte und 250 Gramm auf die Zusatzkarte zugeteilt.

Grieß. Kleinhandelsgeschäfte, die Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Dienstag, den 17., Mittwoch, den 18., und Donnerstag, den 19. April 1917, bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Grieß abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Die erhöhte Fleischmenge gilt nicht für Hausschlachtungen.

Der Magistrat teilt mit: Da nach den Erlassen über die Neuregelung der Fleischversorgung nur der fleischversorgungsberechtigten Bevölkerung die Fleischzulage von 250 bzw. 125 Gramm wöchentlich zu gewähren ist, sind auch diejenigen Personen, welche Fleischwaren aus Hausschlachtungen Dritter erhalten haben, und denen infolgedessen die Reichsfleischkarten entzogen sind, von dem Bezuge der erhöhten Wochenmenge ausgeschlossen. Da ihnen die empfangene Fleischmenge nach dem vollen Gewichte mit 250 Gramm für die Woche und den Kopf angerechnet ist, ohne daß, wie bei den Hausschlachtungen die Hälfte des Gewichts von der Anrechnung ausgeschlossen ist, sind diese Familien durch die getroffene Regelung schlechter gestellt, als die gesamte übrige Bevölkerung einschließlich der durch Hausschlachtung selbst versorgten Personen, insofern, als sie jetzt tatsächlich nur ½ Pfund Fleisch für den Kopf und die Woche verbrauchen dürfen. Mit Rücksicht hierauf ist bereits seitens des Magistrates bei den zuständigen Stellen angeregt worden, für diese Personen eine anderweite Regelung zu treffen. Bis zum Eingang der Entscheidungen muß es zunächst bei den bisherigen Anordnungen verbleiben. Anträge auf Zusatzfleischkarten für diese Personen sind vorläufig zwecklos.

* **Der neueste Gemüsewucher.** Auf dem öffentlichen Markte beginnt sich so langsam der Verkehr zu regen. Neben den Blumenhändlern, die laufend vertreten sind, kommen jetzt die Verkäufer von Gemüse auch wieder heran. An etwa zehn Ständen waren zu haben: Wirsingkohl, Salat, Spinat, Zwiebeln, Meerrettich. Jedoch die Preise machen die Käufer schaudern. Es kosteten das Pfund Spinat 75 Pf., ein Kopf Salat 45 Pf., eine junge Gurke 1.10 Mk. Wenn auch die Frühgemüse immer hoch im Preise stehen, so steht doch die jetzige Preistreiberei in gar keinem Verhältnis mehr zu den Friedenspreisen. Die unverschämten, wucherischen Forderungen bieten für die Zukunft kein tröstliches Bild. Können denn die Behörden dem Wucher gegenüber gar nichts tun?

* **Die gewerbliche Fortbildungsschule für junge Mädchen** hat im Gegensatz zu den anderen hiesigen Unterrichtsanstalten den Beginn des Unterrichts auf 7 Uhr früh (Winterzeit 6 Uhr) festgesetzt. Abgesehen davon, daß Schülerinnen infolge weiter Wege aus den Vororten und den umliegenden Ortschaften bereits um 5 Uhr das Bett verlassen müssen, wäre es doch hauptsächlich der immer schwieriger werdenden Ernährungsverhältnisse wegen jedenfalls angebracht, der heranwachsenden Jugend auf jeden Fall die notwendige Nachtruhe zu gönnen.

* **Ueber das Verhalten bei Brandfällen** wird behördlich folgendes angeraten: Bei allen Schadenfeuern, auch bei scheinbar geringfügigen Brandfällen, ist grundsätzlich sofort die Feuerwehr zu rufen, damit ausreichende Löschhilfe für alle Fälle — wenn sich das Feuer z. B. nicht im Keime ersticken läßt — baldmöglichst zur Hand ist. Die Löschhilfe der Feuerwehr und Inanspruchnahme in Fällen, bei denen es sich um Rettung bedrohter Menschen oder um Beseitigung von Verkehrshindernissen handelt, ist unentgeltlich.

Die im Publikum immer noch verbreitete, irrige Ansicht, daß Löschhilfe zu bezahlen ist, führt häufig dazu, die Feuerwehr zu spät, d. h. wenn ein zunächst geringfügiges Feuer sich gefahrdrohend ausgebreitet hat, zu rufen. Daß durch ein derartiges fahrlässiges und strafbares Verhalten die Sicherheit von Gut und Leben der Hausbewohner oder Angestellten aufs Spiel gesetzt wird, liegt auf der Hand.

Die Alarmierung der Feuerwehr kann durch Fernsprecher Nr. 6697 und 1234 oder durch Betätigung der Feuermelder erfolgen. Bei Fernsprechmeldung ist langsam und deutlich zu sprechen und vor allem die Angabe der Straße und Hausnummer notwendig. Man verlasse den Fernsprecher nicht, bevor die Feuerwehr antwortet, daß sie verstanden hat. Es ist von größter Wichtigkeit, daß jeder Hausbewohner weiß, wo der nächste Feuermelder hängt und wie er benutzt wird. In dieser Hinsicht herrscht vielfach noch große Unkenntnis. Eine wiederholte Belehrung der Familienangehörigen (auch Kinder) und des Hauspersonals sollte nicht verabsäumt werden, denn nur dadurch wird im Gefahrsfalle trotz Kopflosigkeit und Aufregung die Feuermeldung schnell vor sich gehen können. Es wird bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß die Straßenfeuermelder lediglich bei Brandfällen benutzt werden dürfen, während die Benachrichtigung der Feuerwehr bei Unfällen, Schornsteins- oder Aschengrubenbränden und bei ähnlichen Anlässen durch Fernsprecher oder durch die Polizei-Revierwachen zu erfolgen hat. Vor mißbräuchlicher Benutzung der Feuermelder wird im Interesse der Sicherheit der Bürgerschaft dringend gewarnt. Der Täter hat schwere Strafen zu erwarten; seine Feststellung wird durch den Spürhund der Feuerwehr sehr erleichtert.

Schließlich sei noch auf folgende Merksätze über das Verhalten bei Brandfällen hingewiesen: Bei Feuer ruhig überlegen — vernünftig handeln. Feuerwehr sofort alarmieren. Brennende Räume dicht abschließen. Türen nach Treppen geschlossen halten. Auf Treppe oder Windungsweg verqualmt: zurückbleiben. Gefährdete Personen sollen sich der Feuerwehr bemerkbar machen. Niemals auf Zuruf des Publikums herabspringen, nur Anordnung der Feuerwehr befolgen. In verqualmten Räumen kriechen, nasses Tuch vor Mund und Nase. Brennende Personen am Weglaufen hindern; zu Boden werfen und wälzen; deren Kleider nicht abreißen, sondern mit fremden Kleidern und Decken fest umhüllen, dann erst begießen und Arzt holen.

* **Im Apollotheater** brachte am Sonnabend Meths Oberbayerisches Bauerntheater mit der Aufführung eines der neuesten Einakter von Ludwig Thoma angenehme und erfreuliche Abwechslung in seinen Spielplan. Brautschau, wie der Bauernschwank heißt, macht gegenwärtig mit den gleichzeitig geschriebenen Thomaschen Einakter: Des Dichters Ehrentag und Die kleinen Verwandten die Runde über die deutschen Bühnen. Von den drei Werkchen ist Thoma dieses Stück derb-bäuerlicher bayerischer Urwüchsigkeit am besten gelungen. Es ist ein echter Thoma. Als den kenntnisreichsten und trefflichsten Schilderer des oberbayerischen Bauernlebens verdanken wir Ludwig Thoma ja bereits manche ergötzliche humoristisch-satirische Darstellung des von keinerlei ethischen Gedankensblässe angekränkelten grobbäuerlich-bayerischen Heiratsschachers. In der Brautschau führt der Dichter durch das geschickte Aneinanderreihen einiger „Zufälle" einen solchen „Kuhhandel" in einem Bilde von grotesk überwältigender Komik vor. Dem nicht eben sehr geweckten Sohn des Sedlbauern von Weibach, Simon, fehlt zur Uebernahme des väterlichen Anwesens nur noch die passende Frau. In aller Heimlichkeit haben sich Bäuerin wie Bauer unter der Hand nach einer Schwiegertochter umgetan. Ein merkwürdiger Zufall will es, daß die in Aussicht genommene Heiratskandidatinnen mit ihren „Schmusern" (Heirats-Auskunftsschaftern) an ein und demselben Tag und fast zur gleichen Stunde auf den Hof des Sedlbauern bestellt wurden. Während nun die geistig etwas beschränkte erste Bewerberin wie ein Handelsgegenstand mit nüchterner und sachlicher Geschäftsmäßigkeit noch auf Herz und Nieren und vor allem auf ihr Heiratsgut „geprüft" wird — eine Szene von unbeschreiblich komischer Wirkung —, tritt zum Erschrecken aller die zweite mit ihrem „Schmuser" auf den Plan. Und um nun das Maß der gegenseitigen Verblüffung und der Verwirrung voll zu machen und das Ergötzliche der Situation aufs höchste zu steigern, schmeit auch noch die „Braut", die sich der Sohn selber ausgesucht und ins Haus bestellt hat, mit ihrer „Schmuserin" zur Tür herein . . . In dem vortrefflichen Spiele von Therese Renner, Hugo Schwarz, Mizzi Meth, Franz Grill, Silvester Cramer und Toni Gebert kam der köstliche Witz zu voller Wirksamkeit.

Die Bauernkomödie: Der Dorfpfarrer, die dem Schwank vorausging, will die „Freuden und Leiden, Sorgen, Nöthen und Bärden" eines ländlichen Pfarrers in ein humoristisches Licht setzen. Was Maximilian Schmidt, der Macher dieser sogenannten Komödie bei diesem Versuche zustande gebracht hat, das reicht höchstens zur Unterhaltung der alleranspruchslosesten Gemüter aus. Diese Empfindung schien auch die Darstellung zu beherrschen. Warum aber auch an solche Nichtigkeiten überhaupt Kräfte verschwenden?! . . .

* **Stadttheater.** Heute, Montag, findet die 10. Aufführung von Beethovens Fidelio in dieser Spielzeit statt. Am Dienstag kommt Ariadne auf Naxos von Richard Strauß zur Aufführung. Am Mittwoch Die Troerinnen des Euripides, mit Anna Feldhammer vom Berliner Lessing-Theater als Gast. — Eine neue Bühneneinrichtung der Mozartschen Oper Cosi fan tutte von Leopold Sachse wird zurzeit im Stadttheater vorbereitet. Das Mozartsche Werk erscheint damit auf der städtischen Bühne überhaupt zum erstenmal.

* **Eine außergewöhnliche Diebstahl.** Eine größere Anzahl Knaben hat an mehreren Tagen auf dem Hoppberge an der Dessauer Straße bereits vorgekeimte, hart gekochte Kartoffeln wieder aus der Erde herausgeholt, an Ort und Stelle Feuer entzündet und die Kartoffeln gebraten und gegessen. Der durch die ermittelten Jungen angerichtete Schaden ist für den Besitzer ziemlich erheblich.

* **Aus dem Fenster gestürzt.** Ein geisteskranker Krankenpfleger stürzte sich in Abwesenheit seiner Ehefrau aus seiner im zweiten Stockwerk befindlichen Wohnung eines Grundstücks der Dölauer Straße auf den gepflasterten Hof hinab. Er wurde mit schweren Verletzungen nach seiner Wohnung gebracht.

* **Diebesgut.** Am 13. April wurde in einem Garten der Giebichensteiner Straße eine geflochtene Strickleiter mit zwei Eisenhaken und ein Seilhorn mit Sicherheitssteine versteckt vorgefunden. Da es nicht unwahrscheinlich ist, daß die Gegenstände aus einer Straftat herrühren, werden diejenigen, die Angaben über ihre Herkunft machen können, ersucht, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei, Dreihauptstr. 6, Zimmer 20, zu machen. Dort können die Gegenstände auch besichtigt werden. — Am 12. April wurden in der Mozartstraße sieben Stück 2 Meter lange Rohre aus imprägnierter Papiermasse gefunden. Da nicht ausgeschlossen ist, daß sie aus einem Diebstahl herrühren, wird der Eigentümer ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Dreihauptstr. 6, Zimmer 20, zu melden. Die Rohre können im 7. Polizeirevier in der Klosterstraße besichtigt werden.

Beesedau. Gemeinderatssitzung. In die Prüfungskommission für Kartoffeln und Getreide war der Gemeindevertreter Richter gewählt worden. Richter hat aus triftigen Gründen abgeschlagen, deshalb wurden Friedrich Göze und Rudolf Wartmann in die Kommission gewählt. Die Frauen der Kriegssteilnehmer sollen monatlich 3 Mk. und jedes Kind 1.50 Mk. erhalten, jedoch soll der vierteljährliche Mietzinszuschuß von 5 Mk im Sommerhalbjahr in Wegfall kommen. Dem Lehrer Reinhart wurden 25 Mk. Feuerungszulage gewährt, da der Winter sehr hart war und alles teurer geworden ist.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Meide den Schein. Der Kriegsbeschädigte S. sollte bei einem Einbruchsdiebstahl in der Leipziger Straße, bei dem einige Kleidungsstücke gestohlen worden waren, mitgewirkt haben. Er gab an, daß er bei einem der Mittäter habe schlafen sollen; da sei ihnen ein anderer Mittäter mit einem Koffer begegnet und habe seinen Begleiter aufgefordert, mitzukommen. Da sei er wegen der Uebernachtungsverhältnisse auch mitgegangen. Er habe weder bei der Tat aufgepaßt, noch habe er einen Beuteanteil erhalten. Das Gericht sprach unter diesen Umständen den Angeklagten frei, warnte ihn aber vor dem Verkehr mit derartigen Personen, da auch der Schein vermieden werden müsse.

Seinen Meister bestohlen. Der 24jährige Bäckergeselle Engelhard hatte, als sein Meister verreist war, sich Zugang zu der Wohnung verschafft und hier gewaltsam einen Schrank erbrochen, aus dem er eine Kassette mit 1100 Mark nahm. Das Geld verbrauchte er für Uhr mit Kette und anderen Dingen. Als er verhaftet wurde, fand man noch 800 Mark bei ihm. Außerdem hatte er einen Kuchen gestohlen. Er wurde wegen der beiden Diebstähle von der Strafkammer zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht.

Glücksspiele in einer Weinkneipe. Weil er in seiner Wirtschaft Glücksspiele geduldet hatte, mußte sich der Schankwirt Gottsmann, der Inhaber der Fohsing-Bar, vor dem Schöffengericht verantworten. Weil dabei gleichzeitig die Polizeistunde überschritten und das Branntweinverbot übertreten wurde, ist sein Lokal jetzt geschlossen. Der Schankwirt gab unumwunden zu, daß es sich um ein Glücksspiel, das man Tippen nannte, und was sonst mit „Meine Tante, deine Tante" bezeichnet wird, gespielt worden sei. An dem Spiele beteiligten sich Pferdehändler, ein Kaufmann und ein Fleischermeister. Es wurden Umsätze bis zu 50 Mark erzielt. Die Sitzungen dauerten bis nach Mitternacht. Dabei wurde Wein und Sekt getrunken.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 150 Mark Geldstrafe. Es berücksichtigte dabei strafschärfend die jetzige Zeit. Man dürfe nicht in diesen Tagen seiner Spielleidenschaft huldigen und dazu sein Lokal hergeben.

Gewerkschaftskartell Halle.

Sitzung vom 11. April 1917.

1. Eingänge und Mitteilungen. Von der Generalkommission wird für die Bibliotheken der Gewerkschaften der erste Jahresband der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung empfohlen. — Das Bezirkskartell hat die Abrechnung für das Jahr 1916 übersandt. Daraus geht hervor, daß die Beiträge infolge der fortwährenden Einberufungen immer spärlicher eingehen. Gleichzeitig wird um Aeußerung ersucht, wie sich das hiesige Kartell zur Abhaltung einer Kartellkonferenz stellt. — Dem Beschlusse der letzten Kartellsitzung, über die Leitung der örtlichen Kriegsbeschädigten-Fürsorge bei dem Landeshauptmann Beschwerde zu führen, ist der Vorstand nachgekommen. Eine Antwort ist noch nicht eingegangen. — Die Gen. Gräfe, Könen und Schnabel sprachen sich für die Abhaltung einer Kartellkonferenz aus. Die Delegierten schlossen sich dem Vorschlag einstimmig an.

2. Ueber die Kassenverhältnisse des Gewerkschaftskartells sprach Gen. Kleeis. Er führte aus, daß die Ausgaben des Kartells wesentlich höher sind als die Einnahmen. Begründet sei das in der massenhaften Einziehung der Mitglieder zum Heere. Der Kartellvorstand war nun bestrebt, eine Gesundung der Kasse herbeizuführen. Er wandte sich an die Geschäftsleitung des Volksparks mit dem Ersuchen, von früher gemachten Zuwendungen die Summe von 3000 Mk. zurückzugeben. Diesem Gesuche ist nur zum Teil entsprochen worden. Der Vorstand hält es deshalb für notwendig, in einer gemeinsamen Sitzung des Kartellvorstandes mit der Geschäftsleitung des Volksparks diese Angelegenheit erneut zu erörtern. Des weiteren sei die Frage zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Kartellbeiträge von 80 Pf. auf 1 Mk. pro Mitglied und Jahr zu erhöhen. Das erscheine um so eher möglich, da ja Halle zu den Orten gehöre, welche die niedrigsten Kartellbeiträge aufbringen. Die Gen. Gräfe und Könen verteidigten die Stellungnahme der Geschäftsleitung des Volksparks, sind aber dafür, daß eine gemeinsame Sitzung stattfindet, die dann sicher zu einer Einigung führen werde. Die übrigen Delegierten stimmten diesen Ausführungen zu. Gegen die Erhöhung der Kartellbeiträge wandten sich die Gen. Heine und Löffler. Die Gewerkschaftskassen seien jetzt nicht in der Lage, einen höheren Beitrag zu zahlen. Gen. Strebler bedauerte noch einmal die Anregung des Vorstandes und hat in den Kreisen der Gewerkschaftsvorstände in diesem Sinne wirken zu wollen. Die nächste Kartellsitzung werde sich dann erneut mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Punkt 3 der Tagesordnung: Die Wahl der Ernährungsausschüsse in den größeren Betrieben und in den Gemeinden, wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Die Angelegenheit soll in einer besonderen Sitzung unter Zuziehung der Arbeiterausschüsse aus Halle und Umgebung behandelt werden.

Punkt 4: Geschäftsbericht des Gewerkschaftshauses, mußte infolge vorgeschrittener Zeit bis zur nächsten Sitzung vertagt werden.

Abwesend waren die Vertreter der Bergarbeiter, Böttcher, Buchbinder, Kupferschmiede, Maler und Lackierer, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter, Tabakarbeiter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170416-14/fragment/page=0006